

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntem Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
Voranschuss jährlich
Vierteljahrspreis von:
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt
per Brief-Gaubert)
Mk. 2,75 für Österreich (direkt
per Brief-Gaubert)
Mk. 2, — für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Kontingent).
Inserate
die druckfertige Schrift
3 Pence — 25 Wp. — 50 Gr.

Der Sozialdemokrat

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.
Postgebühren
franco gegen franko.
Gründliche Briefe
nach England kosten Doppelpost.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

N. 27.

Wiese an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerer Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schide man mit der Wiese nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In postschwierigen Fällen eingeschrieben.

5. Juli 1890.

Der Kultus der Worte.

Wie aus einer Zuschrift hervorgeht, die wir in unserer heutigen politischen Rundschau abdrucken, befindet sich die gegnerische Presse wieder einmal auf der Suche nach Symptomen einer bevorstehenden Spaltung in der Sozialdemokratie, und will unter Anderem entdeckt haben, daß Bebel und Liebknecht eine heftige Auseinandersetzung über autoritäre und demokratische Prinzipien gehabt hätten. Mit Recht macht sich unser Korrespondent darüber lustig; für zwei so längst in der Bewegung stehende Kämpfer ist diese „Frage“ lange keine Frage mehr, sie mögen über bestimmte praktische Aufgaben gelegentlich differieren, über die grundsätzlichen Gesichtspunkte jedoch, die für unsere Partei in Betracht kommen, sind die Beiden längst miteinander im Reinen.

Für Sozialdemokraten sollte die Frage des Autoritarismus überhaupt nicht existieren. Indes sie taucht doch von Zeit zu Zeit immer wieder auf, und hat erst jüngst wieder in der vielbesprochenen Volksversammlung zu Berlin, die über den Brauereiboykott und die damit verbundenen Angelegenheiten verhandelte, eine gewisse Rolle gespielt. Es scheint, daß eine Reihe von Genossen sich noch immer im Banne dieses, von dem bürgerlichen Radikalismus überkommenen Schlagworts befinden. Davor, wie überhaupt vor dem Kultus der Worte, glauben wir jedoch nicht genug warnen zu können.

Wir sind nicht so doktrinär, alle Schlagwörter grundsätzlich zu verwerfen. Fast jedes Schlagwort hat seine relative Berechtigung, sowohl der Zeit, wie dem Inhalt nach. Was aber heute richtig und zeitgemäß war, kann morgen falsch und schädlich sein, und was unter bestimmten Verhältnissen oder in bestimmter Anwendung seinen sehr guten Sinn hat, kann, wenn diese in Wegfall kommen, inhaltslos, unsinnig sein.

Als das moderne Bürgerthum aufkam, fand es sich überall durch die ständischen Einrichtungen der Feudalzeit beengt. Die Kirche, der Adel, die städtischen Korporationen, alle hatten ihre Privilegien, und auf Schritt und Tritt traten diese Privilegien der Ausbreitung der modernen Produktion hemmend in den Weg. Und wie auf materiellem, so auf geistigem Gebiet. Der Besitz der Privilegien hatte ihre Inhaber um so mehr verächtlich, je mehr diese Privilegien selbst ihres ursprünglichen Zweckes entkleidet waren und nur Vorrechte ohne entsprechende gesellschaftliche Aufgabe darstellten. Der Adel beschloß nicht mehr den Bauer, sondern beutete ihn nur noch aus, nicht die Kirche, sondern Laien freuten jetzt „Wissen und Geist aus“, und die städtischen Korporationen, die ehemals Schutzorganisationen waren gegen Unterdrücker, waren nur noch bloße Interessengemeinschaften zur Unterdrückung. Alle diese Körperschaften aber stützten sich auf das Recht der Vergangenheit. Dieses sollte unantastbar sein, was „grau von Alters“ war, das galt als „heilig“. Hatte der Adel seinen Stammbaum, so hatten die Kirche und die Korporationen ihre Urkunden, und auf den Hinweis, daß Leistung und Gegenleistung, die ehemals einander entsprachen, jetzt in einem lächerlichen Gegensatz zu einander standen, hieß es läßl: „Weh Dir, daß Du ein Enkel bist.“

Aus jener Zeit stammt der Ruf: „Nieder mit der Autorität!“ Es war ein acht revolutionärer, im besten Sinne fortschrittlicher Ruf. Die Institutionen, die sich der Fortentwicklung der Gesellschaft in den Weg stellten, mußten zertrümmert, ihr Einfluß vernichtet werden, und dieser Einfluß hatte keinen andern Hintergrund als die Autorität, das Recht der Ueberlieferung. In allen Zeiten nun wohnt den Menschen die Neigung inne, das, was sie momentan beschäftigt, als ein unbedingtes Prinzip aufzustellen. Die Philosophen und Schriftsteller der neuen Zeit arbeiteten ganze Systeme aus, die den ichtiglichen Kampf, der sich in der Gesellschaft vollzog, ideologisch widerspiegelten. Aber in diesem Spiegel standen, um einmal mit Hegel zu reden, die Dinge auf dem Kopf. Der Kampf gegen die Autorität galt nicht den Privilegien des Adels, der Kirche, der Zünfte u., sondern umgekehrt, der Kampf gegen Adel, Kirche, Zünfte u. galt dem Prinzip der Autorität. Dieses war der Feind, die „Idee“ mußte vor allen Dingen vernichtet werden. Der Nationalismus kam auf, der „gesunde Menschenverstand“ feierte seine Triumphe. Die englische Literatur des 17. und 18., die französische des 18. Jahrhunderts, sind der Ausdruck dieser Geistesströmung. Die Gegnerschaft gegen die Autoritäten wurde bis in ihre äußersten Konsequenzen ausgearbeitet. Es kamen die Schlagwörter „Individualismus“, „Autonomie“, „Gleichheit“ u. auf; man konnte das Alte nicht radikal genug negieren.

Als das hatte seine Verheerung, denn es entsprach der Tendenz der bürgerlichen Revolution. Die freie Konkurrenz, dieser wirtschaftliche Untergrund derselben, ist die geschworne Gegnerin aller Autorität, und jetzt die volle Autonomie des Individuums voraus. Jeder ist der natürliche Repräsentant des gesunden Menschenverstandes, jeder versteht jedes am Besten, jeder hat Waarenkenntnis, jeder ist Chemiker, darum nur keine wirtschaftlichen Beschränkungen, keine Aufsicht in Handel und Gewerbe, Freihandel, Freizügigkeit, Freiheit auf allen Gebieten. So lautete das Programm des bürgerlichen Liberalismus, als er sich noch jung und kampfesfrisch fühlte. Wirtschaftlich hat er es in der Hauptsache verwirklicht und auch politisch ist es wenigstens in so weit zum Durch-

bruch gekommen, als die „Menschenrechte“ in allen modernen Staaten im Prinzip anerkannt sind. Ueberall sind die Staatsangehörigen „vor dem Gesetze gleich“. Welche „Gleichheit“ ebensowenig wie die wirtschaftliche Freiheit und der „gesunde Menschenverstand“ die große Mehrheit der Staatsangehörigen daran hindert, unterdrückt, ausgebeutet und in Handel und Wandel gründlich über's Ohr gehauen, vergiftet und geschunden zu werden.

Die Erkenntnis dieser Thatsache, die Erkenntnis, daß die formalen Freiheiten des bürgerlichen Liberalismus unfähig sind, Ausbeutung und Unterdrückung, Noth und Elend aus der Welt zu schaffen, hat die Sozialdemokratie ins Leben gerufen. Es ist daher auch grundfalsch, zu behaupten, die Sozialdemokratie sei die Konsequenz der bürgerlichen Demokratie, der vorgezeichneten Vertreterin des bürgerlichen Liberalismus.

Die logische Konsequenz des bürgerlichen Liberalismus ist die Anarchie. Der Anarchismus entnimmt denn auch sein ganzes geistiges Arsenal der bürgerlichen Literatur. Er legt die Illusionen des Bürgerthums fort.

Der Sozialismus setzt das Werk der bürgerlichen Demokratie fort, aber im Widerspruch mit der bürgerlichen Phrasologie. Alle bürgerlichen Phrasen haben nur als Negationen einen bestimmten Sinn. „Kein Zwang“ heißt: keine staatliche Beschränkung der Bewegungsfreiheit, kein künstlicher Zwang. Der Zwang durch die Verhältnisse durch die Gesetze des Marktes, durch die Macht des wirtschaftlich Starken über den Schwachen ist natürlich und darf daher fortbestehen. Der Sozialismus sagt: Mit nichts. Der staatliche Zwang ist nicht das Schlimmste, sobald er nicht Ausfluß der Herrschaft von Klasse über Klasse ist, sondern gleichmäßig für alle gilt. Viel schlimmer ist der Zwang der „Verhältnisse“. Und darum wollen wir Einrichtungen, welche die Macht des Starken über den Schwachen aus der Welt schaffen. Ist das geschehen, so ist der staatliche Zwang von selbst auf ein Minimum reduziert.

„Keine Autorität!“ Wir haben oben gesehen, was dieser Ruf im Munde des Bürgerthums bedeutete. In diesem bestimmten Sinne ist er berechtigt und kann noch heute gelten. Er gilt auch als Postulat, daß Jeder sich bemühen soll, selbständig zu denken und nicht auf Worte und Personen schwören. Aber darüber hinaus ist er eine leere Phrase, hinter der dieselbe Illusion steckt, wie hinter den wirtschaftlichen Phrasen des Mandarienthums: jeder versteht jedes am Besten, jeder kennt alles, auch wovon er nichts gelernt hat, jeder weiß alles, auch wofür ihm der Ueberblick fehlt.

Wie trügerisch die Phrase ist, dafür zeigt jeder Tag massenhaft Beispiele. Kein Quacksalber, kein Medizinisch-Schwindler, der nicht, um dem Publikum seine Salben anzuschmieren, mit einer Standpauke wider die medizinischen Autoritäten beginnt. Nun haben ja diese Letzteren wirklich manches Supercuriosum auf dem Gewissen, der vielen von ihnen anhängende Junszopf, die Berramtheit in Schulmeinungen hat oft arges Unheil angerichtet; aber daß dies ein Grund sein sollte, den ersten besten Charlatan einem Mann vorzuziehen, der sein Fach von Grund aus studirt hat, das vermögen wir wirklich nicht einzusehen. Daraus läßt aber der Ruf „keine Autoritäten“ in der Wirklichkeit gewöhnlich hinaus. Die Menschen bleiben bei alledem doch Menschen. Die Parole allein macht sie noch nicht zu encyklopädischen Köpfen, zu Leuten, die alles verstehen. Im Gegentheil, sie führt sehr leicht zum entgegengesetzten Resultat; wir haben wiederholt beobachtet, daß sie der Denkschwäche Vorschub geleistet hat.

Keine Sklaverei ist verderblicher als die Sklaverei der Worte. Die Worte wechseln ihren Sinn, und was bei der ursprünglichen Bedeutung derselben Vernunft war, wird später Unsinn, und wenn buchstäblich befolgt, verderblich.

Es liegt uns fern, einem blinden Personenkultus, einer unbeschränkten Herrschaft der Führer das Wort zu reden. Gerade das Gegentheil ist der Zweck dieser Zeilen. Indem wir die Despotie der Phrase bekämpfen, bekämpfen wir zugleich die Autoritätenanbetung. Wer sich von der Ersteren befreit hat, ist auch vor der Letzteren beschützt. Er wird sich durch Worte weber fangen, noch durch Worte abschrecken lassen, sondern immer suchen, der Sache in's Auge zu schauen. Selbst wo er auf's Vertrauen angewiesen ist, wird er mit Maß vertrauen. Die Phrase aber ist maßlos. Und daher sind gewöhnlich diejenigen die blindesten Autoritätenanbeter, die am lautesten zu rufen pflegen: keine Autoritäten!

Eine neue Schrift von Paul Lafargue.

Das 31. Heft der „Sozialdemokratischen Bibliothek“ ist soeben erschienen. Es enthält eine Studie aus der Feder Paul Lafargue's: „Die Entwicklung des Eigentums“.

Es ist das ein vielbehandeltes Thema. Aber es ist auch ein nicht oft und nicht eingehend genug zu behandeltes Thema. Denn um die

Geschichte des Eigentums gruppiert sich überhaupt die Geschichte des Menschengeschlechts, sie bildet den Kern, den materiellen Boden derselben, hier finden wir die entscheidende Erklärung für die großen epochenmachenden Bewegungen der Geschichte, die treibende Ursache der großen Revolutionen, welche die Entwicklung der Menschheit aus dem Vorwärtstreiben bis in die moderne Gesellschaft, die sich die zivilisierte nennt, markieren.

Ein reiches, unergründliches Thema. Und auch ein dankbares, hochinteressantes Thema. Für Niemanden aber verlockender als für den Anhänger der von Marx und Engels gelehrtten materialistischen Geschichtsauffassung, die erst den Schlüssel liefert zum vollen Verständnis der Probleme der Menschheitsgeschichte, indem sie die Geschichte des Eigentums selbst wiederum zurückführt auf die Geschichte der Produktionsformen, die Art, wie, und die Verhältnisse, unter denen die Menschen die Gegenstände ihres Bedarfs herstellen. Nicht aus seiner abgeleiteten und für eine bestimmte Epoche rechtlich ausgebildeten Gestalt, sondern aus der Art, wie das Eigentum geschaffen wird, ist seine Geschichte, und die sich darauf aufbauende kulturpolitische u. Geschichte zu erklären.

Ueberaus kritiker haben diese Geschichtsauffassung einseitig, rohmehantisch genannt und ihr vorgeworfen, sie unterdrücke, ja sogar, sie ignoriere die geistigen Antriebe, die moralischen Eigenschaften der Menschen, die doch in der Geschichte eine so große Rolle spielen, und sie versage infolgedessen notwendigerweise überall, wo diese in Betracht kommen.

Nichts falscher als dieser Vorwurf. Es ist den Entdeckern der materialistischen Geschichtsauffassung durchaus nicht eingefallen, dieselbe als eine Schablone hinzustellen, an der Hand deren nun all und jeder Vorgang in der Geschichte einzufügen und allein aus der Eigentumsform oder Produktionsmethode zu erklären ist. Solche Thorheit lag diesen Männern durchaus fern. Die materialistische Geschichtsauffassung weiß nur die Methode an, nach der die Erscheinungen der Geschichte zu untersuchen sind, wie die Physiologie dem Arzt den Weg weist, den Krankheitserscheinungen auf den Grund zu kommen. Aber sie unterschätzt nicht nur nicht die begleitenden geistigen und moralischen Faktoren, sie erhebt im Gegentheil ihre volle Berücksichtigung und Untersuchung, ganz abgesehen davon, daß sie die stupide Trennung des Geistigen vom Materielle überhaupt nicht anerkennt. Auch die sogenannten geistigen Antriebe kommen nicht aus der Luft, sondern stehen in engem Zusammenhang und Wechselwirkung mit den materiellen Verhältnissen. Selbst scheinbar rein geistige Bewegungen sind daher nur zu verstehen, wenn man den materiellen Untergrund der Epoche genau kennt, in der sie ins Leben getreten sind.

Dieser materielle Untergrund der Geschichte, die Entwicklungsgeschichte des Eigentums, die sich selbst wiederum aufschließt in die Geschichte der Produktionsweise, ist nun bei Weitem noch nicht genügend systematisch erforscht worden. Ein reiches Material ist vorhanden, aber nur der Lamm es heben, der das System der alten Schatzgräber aufgräbt und gleich den modernen Geologen nach bestimmten wissenschaftlichen Grundsätzen untersucht.

Die Lafargue'sche Schrift ist ein Versuch, die Geschichte des Eigentums auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung darzustellen. Viele Eigenschaften befähigen Lafargue ganz besonders zu einer solchen Arbeit. Nicht nur sein reiches allgemeines Wissen, sondern auch seine eignen speziellen Forschungen der Urgeschichte und der Anthropologie überhaupt. Wie erst die Kenntnis der früheren Entwicklungsstadien der Geologie zum Verständnis des heutigen Erdinneren führt, so die Kenntnis der Formen des vorgegeschichtlichen Eigentums und der vorgegeschichtlichen Gesellschaftsorganisationen erst den Sozialologen zum vollen Verständnis der Entwicklungsstadien des Eigentums und der Gesellschaft überhaupt. Weiter aber kommt als Fördernd bei Lafargue hinzu die scharfe Auffassungsgabe dieses originalen Schriftstellers. Und wenn auf so verhältnismäßig knappem Raum auch nicht Erschöpfendes geleistet werden konnte, so können wir doch die Lafargue'sche Arbeit als eine höchst lehrreiche, anregende und fesselnde geschriebene bezeichnen und bestens empfehlen.

Auf vier Bogen komprimiert Petitdruck schildert Lafargue in fünf Abschnitten: I. Die heutigen Eigentumsformen. II. Den Urkommunismus. III. Den Familienkollektivismus. IV. Das Feudal-Eigentum. V. Das bürgerliche Eigentum. An dieses letzte Kapitel knüpft sich eine Schlußbetrachtung, von der wir, so überflüssig es eigentlich ist, einen Theil als Probe der interessanten Arbeit hiermit folgen lassen:

Im Mittelalter war jede Stadt eine ökonomische Einheit, weil sich in ihrem Bereiche alle Bedürfnisse decken ließen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Einwohner nötig waren. Die kapitalistische Produktion beginnt damit, diese ökonomische Einheit zu zerstören. Sie zerlegt die geschlossenen Verbände der Handwerker, isolirt die verschiedenen Berufe und läßt sie sich in speziellen Zentren ansiedeln. Eine Stadt oder eine Provinz haben nicht mehr nötig, alle Gegenstände, deren ihre Bewohner bedürfen, selbst zu produzieren. Sie verlassen sich für die Rohstoffe gewisser Waaren auf andere Städte und beschränken sich darauf, eine oder mehrere spezielle Waaren zu produzieren. Die Seitenindustrie, die man Ende des vorigen Jahrhunderts über ganz Frankreich zu verbreiten suchte, hat sich fast ausschließlich in Lyon und Umgebung zentralisiert. Ebenso haben sich die Wolle-, die Baumwoll- und Leinen-Industrie in gewissen Gegenden zentralisiert, während die Eisenindustrie, der Getreidebau, die Kultur der Kunststoffe, die Zuckerindustrie in andern Gegenden heimisch sind.

Die ehemaligen ökonomischen oder provinziellen Wirtschaftseinheiten sind zertrümmert worden und an ihrer Stelle haben sich Wirtschaftseinheiten anderer Art herausgebildet. Die alten Einheiten waren zusammengefallen, sie wurden gebildet durch die Ansammlung aller Industrien in dem Bereich einer Stadt oder Provinz, deren Produkte die Bewohner derselben bedürften; aber die neuen Einheiten sind einfach, umfassen nur eine einzige Industrie. Hier die Baumwolle, dort das Eisen, den Zucker, das Leder u. s. w. Ein kapitalistisches Land, wie Frankreich, theilt sich nicht mehr nach der geographischen Lage oder den historischen Ueberlieferungen in Provinzen und Stände, sondern in einfache Wirtschaftseinheiten: in Baumwoll-, Wolle- und Weinbaubetriebe, in Getreide- oder Häbengegenden, in Kohlen- und Metallzentren u. s. w. Alle diese industriellen Einheiten sind unter sich durch die gegenseitigen Bedürfnisse verbunden, keines kann nur einen Monat, ja auch nur eine Woche, wie z. B. die Städte des Mittelalters, ohne die andern Industriezentren leben. Wenn z. B. die Stadt Rouen bestimmte Baumwollgewebe für ganz Frankreich herstellt, so bezieht sie dagegen ihr Getreide aus der Bretagne, ihr Schafwolle aus dem Norden, ihre Kohlen aus dem Loirebecken, ihre Leinwand aus Marseille u. s. w. Ein kapitalistisches Land ist eine gigantische Werkstätte. Jede Spezialität der gesellschaftlichen Produktion wird in speziellen Zentren verfertigt, die durch ein welt getrennt, aber durch die gegenseitigen Beziehungen alle eng miteinander verbunden sind. Die politische Autonomie der Städte und Provinzen des Mittelalters ist überlebt. Die gemeinsamen ökonomischen Bedürfnisse bilden die Grundlage der politischen Einheit der Nation.

Die kapitalistische Produktion, die die lokale und provinzielle Einheit der Epoche der handwerkemäßigen Produktion zerstört hat, ist auf dem Wege, ihr eigenes Werk, die nationale Einheit, ebenfalls zu zer-

*) Sehr deutlich zeigt sich das in der literarischen Beilage der anarchistischen „Revolte“. Dieselbe ist fast ausschließlich, manche Nummern ganz und gar zusammengesetzt aus Auszügen von bürgerlichen Schriftstellern des vorigen und dieses Jahrhunderts, eine festsame Mischung des Jugendarthums und des Kapuzinismus der Bourgeoisie. Der Artikel eines blasierten Witardiers des „Figaro“ neben einem Auszug aus Diderot.

fören, zu Gunsten einer noch umfassenderen, der internationalen Einheit.

Die nationalen Banken, wie die Bank von England und die Bank von Frankreich, sind Typen solcher zusammengesetzter industrieller Organisationen, die ihre Glieder auf allen Punkten des Landes niederlegen. Eine Nationalbank besitzt Papierfabriken zur Herstellung des Papiers für ihre Notizen, Gravurwerkstätten und Pressen für ihren Druck, photographische Apparate zur Vermittlung der gefälschten Banknoten etc., sie errichtet hunderte von Zweigniederlassungen in den Zentren der Industrie und des Handels, und knüpft Verbindungen mit den Bankiers in den Städten und auf dem Lande, sowie mit den fremden Nationalbanken an. Die Zentralbank wird die Herkammer des Finanzsystems des Landes, und dieses System ist so gut organisiert, daß die Banknoten der Nationalbank, das heißt das Steigen und Fallen ihres Kursfußes, bis in die entlegensten Dörfer und Flecken geföhrt werden und selbst auf den Geldmarkt der anderen Nationen zurückwirken.

Die Zeitung „The Times“ ist ein anderes schloßendes Beispiel dieser industriellen Organisationen. Sie besitzt eine Region von über die ganze Erde verstreuten Korrespondenten. Sie ist durch Telegraphendrähte mit den wichtigsten Städten des europäischen Festlands verbunden. Sie fabriziert ihr Papier, gießt ihre Lettern, beschäftigt einen Stab von Maschinenbauern, die ihre Maschinen zu überwachen und in ihrer eigenen Fabrik auszubessern haben, sie legt, heretotypiert und druckt ihre 16 Seiten großen Formate. Sie besitzt Werbe und kleine Wagen, ihr Blatt an die Wiederverkäufer auszugeben. Es fehlen ihr nur noch Altsfelder in Afrika, um auch den Kolstoff für ihr Papier selbst einzurichten; wahrscheinlich wird sie sich auch schließlich welche anschaffen. Einmal werden die Fabrikanten, die indische und amerikanische Baumwolle verarbeiten, ihren Fabriken Baumwollpflanzungen anhängen, sowie Werkstätten, in denen Kattune zu Kleidungsstücken verarbeitet werden; schon jetzt besitzen Fabrikanten schottischer Wollentstoffe in London Geschäfte, in denen sie ihre Fabrikate in der Form von Kleidungsstücken veräußern. Die kapitalistische Industrie zielt allmählich auf die Wiederherstellung der ökonomischen Einheit der Hausproduktion hin. Demals produzierte dieselbe Bauernfamilie den Rohstoff und verarbeitete ihn weiter, demnach wird ein und dieselbe kapitalistische Verwaltung die Produktion des Rohstoffes, seine industrielle Verarbeitung und den Verkauf an die Konsumenten in die Hand nehmen.

Die kapitalistische Produktion hat mit der Arbeitsteilung zuerst die Einheit der Arbeit, wie sie der Handwerker besitzt, zerstört, dann aber eine neue Arbeitsteilung herangebildet. Diese neue Einheit vertritt nicht der Arbeiter aus Fleisch und Blut, sondern der eiserne Arbeiter, die Maschine. Sie treibt dahin, riesenhafte Produktionsorganisationen ins Leben zu rufen, die aus den verschiedensten und verschiedenartigsten Industrien zusammengesetzt sind. Die Einzelindustrien, die sojagene die Organe dieser Arbeitsteilung sind, können sich in größter Entfernung von einander befinden und durch politische Grenzen und geographische Hindernisse (Hilfs-, Berge, Ozeane) getrennt sein. Diese internationalen Arbeitsteilungsorgane konsumieren sowohl Wärme, Licht, Elektrizität und andere Naturkräfte, wie die geistigen und Muskelkräfte des Menschen.

Dies der ökonomische Gesichtspunkt, in dem die menschliche Materie im neunzehnten Jahrhundert geworfen wird.

Die Zivilisation, die den einfachen und rohen Kommunismus der Kindheit des Menschengeschlechts zerstört hat, arbeitet nimmermehr die Elemente eines zusammengefügten und wissenschaftlichen Kommunismus aus. Wie in den Urzeiten ist die Arbeit gemeinsam und der Produzent hat weder sein Arbeitsinstrument, noch die Produkte seiner Arbeit zu eigen. Die Produkte werden noch nicht, wie dies bei den Wilden und Barbaren gekam, gemeinschaftlich vertheilt, sie sind das Monopol müßiger Kapitalisten, deren Unterdrückung jedoch nur noch eine Frage der Zeit und der Gelegenheit ist. Mit dem Verschwinden der Parzellen des Eigentums wird der kommunikalische Charakter desselben zu Tage treten und die Gesellschaft zur Anerkennung zwingen. Seinerzeit war das Eigentum nur unter den Mitgliedern eines und desselben Stammes, die durch Blutsverwandtschaft verbunden waren, gemeinsam gewesen, jedes menschliche Wesen, das nicht in den engen Kreis dieser Verwandtschaft einbegriffen war, war der Fremdling, der Feind. Aber in der zivilisierten Gesellschaft wird das Eigentum für alle Glieder der großen menschlichen Familie, ohne Unterschied der Nationalität, Rasse und Farbe, gemeinsam sein, denn unter dem Joch des Kapitalismus hat sich ihnen die Erkenntnis aufgedrängt, daß wie sie Brüder in der Ausbeutungsklaverei und im Kampf gegen dieselbe sind, sie auch im Sieg Brüder bleiben müssen.

Dieses kommunikalische und internationale Ende des Eigentums ist eine geschichtliche Notwendigkeit; schon im Laufe der Bourgeois-Zivilisation treten die kommunikalischen Einrichtungen und primitiven Sitten der Urzeiten aufs Neue zum Vorschein.

Das allgemeine Stimmrecht, dieses bei den Wilden und Barbaren übliche Modus der Wahl ihrer Kriegsführer und ihrer „Sachems“, wird nach langer Unterdrückung von den Bourgeoisregierungen wieder eingeföhrt und zur alleinigen Grundlage der politischen Macht erklärt.

In den Urzeiten waren die Wohnungen gemeinsam, wurden die Mahlzeiten gemeinsam eingenommen und die Kinder gemeinsam aufgezogen. In den heutigen Gemeinwesen werden die Kinder gemeinsam und unentgeltlich erzogen, in einigen Städten beginnt man auch schon, ihnen eine unentgeltliche Mahlzeit zu geben. In den Restaurationen werden die zivilisierten Menschen gemeinsam vergesselt und betrogen, und in den sechs- bis siebenstöckigen Häusern der Großstädte wie Skandinavien gemeinsam einquartiert.

Wenn das allgemeine Stimmrecht heute Spiegelbilderei ist, wenn die Häuser in den Städten ungesund sind, wenn die übrigen Einrichtungen, die kommunikalische Formen angenommen, verkehrt sind, das heißt ihre Spitze gegen diejenigen wenden, die auf sie angewiesen sind, so deshalb, weil sie sich in der bürgerlichen Gesellschaft herausgebildet haben und nur zu dem Zweck eingeföhrt wurden, den Kapitalisten Vortheil zu bringen. Aber trotz ihrer Mängel sind sie von großer Bedeutung; sie machen den individualistischen Instinkten den Garau, und erziehen die Menschen für die kommunikalischen Sitten der Zukunft.

Die bürgerliche Gesellschaft birgt in ihrem Schoße den Kommunismus im latenten Zustand. Die soziale Revolution wird die bürgerliche Form zerbrechen und den Kommunismus als die einzig mögliche Form der zukünftigen Gesellschaft zur Durchführung bringen.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 2. Juli 1890.

Wie tief die Rechtsprechung im heutigen Deutschland gefallen ist, wie weit es die Vertreter der herrschenden Klassen in Justiz und Verwaltung bereits in der Schwarzkunst spießbüßiger Rechtsauslegung heute treiben, kann garnicht besser gekennzeichnet werden als durch die Thatfache, daß selbst ein so angesehener Rechtslehrer, wie der bekannte Prügelschreiber-Verfasser Mittelstadt es für zeitgemäß erachtet hat, seine Stimme dagegen zu erheben. Selbst diesem Mann, der so frei aller liberalisierenden Tendenzen ist, daß er für würdig befunden wurde, in's Reichsgericht berufen zu werden, selbst diesem Reichsgerichtsrath geht die neuerdings eingeriffene Praxis über die Quasinar, und er jammert darüber, daß die Neigung zu ausdehnender Auslegung der Strafgesehe in der deutschen Rechtsprechung in bedenklichem Maße herrschend geworden sei, und daß das Gesetz auf Fälle angewendet werde, an welche der Gesetzgeber nicht gedacht habe.

Welch ein Zeugniß!

Ein Mitglied jenes selben Reichsgerichts, in welchem das famose Erkenntniß im Chemnitz-Freiburger Prozeß gebredtelt ward, das den § 128 des Strafgesetzbuches auf Fälle anwendete, an welche der Gesetzgeber seinerzeit oder „auch wirklich nicht“ gedacht hatte, eine anerkannte Autorität derselben Körperschaft, welche in diesem, wie in Duzenden anderer Fälle durch Rechtsauslegung neues Recht, bzw. Urethel schuf, — noch einmal, ein Reichsgerichtsrath flagt über die bedenklich eingeriffene Praxis der Rechtsauslegungen. Das schärfste Wort, der frassische Straßausdruck, den wir erkennen mögen zur Bezeichnung der Justizzustände im heutigen Deutschland, würde matt und

farblos erscheinen gegenüber der einsamen Thatfache, daß Reichsgerichtsrath Mittelstadt dieselben „bedenklich“ findet.

Es ist etwas sehr Iud, daß das Gewissen des Herrn Mittelstadt erzwacht. Die Zustände, die er bedenkt findet, sind nur die „erzieherischen Wirkungen“ eines Systems, zu dessen Stützen er selbst gehört hat, und dem er und seine Kollegen nur zu ergebene Diener waren. Sie sind die erzieherischen, die notwendigen Folgen der Aera Bismarck, dessen Wänschen sich das Reichsgericht so willkürlich anpaßten wußte. Und so schimpflich z. B. die neuerdings beliebte Auslegung des Begriffs der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe auch ist, schimpflicher als die Erkenntniß, auf Grund deren die Berufstellungen in den Plänenprozessen erfolgten, ist sie auch nicht. Welche „Rechtsprüche“ sind von gleichem Kaliber. Wenn also des Reichsgerichtsrathes Gewissenhaftigkeit, die damals so schön zu schweigen wußte, jetzt sich geltend macht, so mag der Herr sich zugleich an die Brust klopfen und ausruhen:

Mea culpa! Mea maxima culpa! Ich bin schuld, ich habe diese Zustände auf dem Gewissen!

— **Verband Berliner Elaven-Beschäftigter** — nein, noch nicht, sondern vorläufig noch **Verband Berliner Metall-Industrieller** ist der erweiterte Titel des seitdemigen **Verbands Berliner Elavengerieen und Maschinenfabriken**, welcher behufs Aufstellung seiner Satzungen sowie zur Beschäftigung über Errichtung einer eigenen Arbeitsnachweisstelle neulich zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammengetreten war. Es wird, lesen wir darüber in deutschen Blättern, zunächst die Namensänderung des Vereins einstimmig angenommen und darauf zur Verathung übergeben über den Punkt: „Beschlußfassung über Errichtung einer Arbeitsnachweisstelle und Annahme der Geschäftsordnung hierfür“, wofür letzteres als Bestandteil der Satzungen gilt, mit diesen gleiche Kraft hat und sämtliche Verbandmitglieder verpflichtet (§ 1), und dieser Arbeitsnachweisstelle ihren Bedarf an Arbeitern zu entnehmen. Für letztere sind folgende Bestimmungen dieser Geschäftsordnung wichtig: § 5. Personen, welche durch die Nachweisstelle Beschäftigung wünschen, haben sich bei derselben persönlich oder schriftlich mit Beibringung ihrer Ausweispaßpapiere zu melden und zu erhalten, falls letztere in Ordnung befunden werden, einen Nachweisschein, welcher für 14 Tage Gültigkeit hat, auf Erfinden um je 14 Tage verlängert werden kann und (§ 6) bei Einstellung einer arbeitenden Person derselben abzunehmen ist. Hat ein Arbeiter Arbeit angenommen, findet sich aber innerhalb der verabredeten Zeit nicht zur Arbeit ein, so erhält derselbe, falls nicht triftige Gründe vorliegen, in den nächsten 14 Tagen keinen neuen Nachweisschein. Die Errichtung dieser Arbeitsnachweisstelle wurde zunächst einstimmig angenommen, und bei der Diskussion der Geschäftsordnung für dieselbe den Mitgliedern die weitgehendste Befugniß bezüglich Annahme der Arbeiter von überall her, jedoch mit der strengsten einzuhaltenen Bestimmung eingeräumt, vor der Einstellung jeden Arbeiter an die Nachweisstelle um Einholung eines Nachweisscheins zu weisen, ohne welchen nur (§ 10) „in dringenden nöthigen Fällen zur vorübergehenden Beschäftigung ansehalb der Werkstätte“ Arbeiter angenommen werden können, deren Anmeldung im Bureau der Nachweisstelle binnen 24 Stunden erfolgen muß.“ Auf diese Weise hoffen die Herren der Arbeiter den dummen Aberglauben auszuweiden zu können, daß sie Menschen sind und keine bloßen Arbeitsthiere. Nur zu, wir werden ja sehen, wie's gelangt.

— **Und das nennt sich „Rechtspflege“!** Das Hamburger Landgericht hat am 26. Juni einen sozialdemokratischen Arbeiter, Puffan, der in Glashütte und in Hamburg in die Wählerlisten eingetragen worden war, und auf Grund dieser Eintragungen im Februar bei der Reichstagswahl zweimal gewählt hatte, zu vier Monaten Gefängniß und zwei Jahren Ehrverlust verurtheilt, worauf Puffan sofort verhaftet wurde. Drei „reichstreue“ Doppelwähler, die im Mai in Hamburg vor Gericht standen, waren demselben mit je 5 Tagen Gefängniß für genügend bestraft erachtet worden.

Vier Monate gegen 5 Tage, und die beschimpfende Verfügung dazu, so drückt sich in dem Rechtsbegriffen dieser Richter die Gleichheit vor dem Gesehe aus, so über sie die eithich gelobte Rechtspflege ohne Ansehen der Person. Es fehlt uns der passende Ausdruck, diese Verhöhnung allen Rechtsgefühls, dieses Niedertritten aller Grundzüge der Billigkeit in der gehörenden Weise zu kennzeichnen. Klassenjustiz, Parteijustiz — so große Schmach sie auf den Namen ihrer Vererber häufen, sind noch zu milde Worte für eine Handlung, die ein so wüthiges Abhandeln in jeden Schamgefühl behandelt, wie jenes „Gerichtserkenntniß“. Vier fünf Tage — da vier Monate, durch zwölfjährigen Ehrverlust verhängt! Wie verhärtet müssen die Gewissen, wie verkommen muß die geistige Verfassung der Rechtsgelehrten sein, die ohne die Mühe breunender Scham, ohne ihre rüchtereile Anteracht zu gereichen und ihre Rechtsdiplome zu verwerfen, ein solches Urtheil sprechen konnten. Der gelungene Juhiliter der Hamburg-Landgerichte ist ein Ehrenmann gegen diese verurtheilten Vertreter des Rechts und der Gerechtigkeit.

In die Schmierstrafe mit einem Institut, das so offen der schändlichsten Prostitution dient! In die Schmierstrafe, — wenn es nicht ein Unrecht ist, jene armen Geschöpfe, die Roth und Unwissenheit zum Verkauf ihrer Leiber getrieben, mit den wohlbestallten, wohlbedirten Herren auf eine Stufe zu stellen, die das Recht so schamlos prostituierten.

— **Aus Berlin** wird uns geschrieben: „Unsere Feinde, die es, da sie uns nicht tödt schlagen können, sich wenigstens nicht nehmen lassen wollen und tot zu sagen, huldigen diesem kühnen Versuchungen wieder einmal mit ganz besonderem Eifer. Je trübsaler die Zustände im eigenen Lager sind, desto schwärzer malen sie die in unserer Mitte. Es ist die alte Geschichte: wenn sie uns schlecht machen wollen, sehen sie immer in den Spiegel und geben ihr maddenloles, ungeschminktes Porträt für das unsrige aus. Und die eigne Parteilichkeit und Parteigeringschätzung dichten sie uns an. Seit einigen Wochen ist ein neues Schlagwort gefunden: „Die Alten“ gegen die „Jungen“ — oder umgekehrt. Die „jungen“ sozialdemokratischen Abgeordneten sollen mit den „alten“ in grimmiger Feindschaft leben. Warum? Das bleibt das Geheimniß der Märchenerzähler. Auch wer die „Alten“ und die „Jungen“ sind, wird nicht verrathen. Wird nach dem Lebensalter klassifiziert, oder nach der Dauer des Mandats? Ich weiß es nicht, und wenn ich mich nicht sehr irre, weiß es kein Mitglied der Fraktion, weder eins der „alten“ noch eines der „jungen“. Die Wahrheit ist: ein kameradschaftlicher Geist, wie in der jetzigen, hat noch in keiner sozialdemokratischen Fraktion geblüht. Und jeder Tag schlingt die Bande der Kampfgemeinschaft fester, wenn auch die Geister da, wo es gilt, in freistigen Fragen den Fanken der Wahrheit heranzuladen, mitunter scharf auf einander Wägen — was aber ein herrschendes Schauspiel ist für Jeden, der kein Pöhlster und kein Gummie ist.“

Was das Vieh von den „Alten“ und den „Jungen“, die diesen wichtigen Fallstoffs die „Stiefelweiden“ zu erheben haben, so oft heruntergeleiert war, daß die traurigen Dreijahresalter selber das Bedürfnis nach Abwechslung empfanden, da tauchte ein anderes Bild auf: handbald von furchterlichen Streiten zwischen Ebel und Viebnecht. Wer das Vieh erachtet hat, wer weiß es? Dr. Vindter von der Norddeutschen hat es in Noten gelegt und ihm auf den schneigen Papiergefilben, die ein in der realistischen Replik- und Mistpöbel Profa des Anglers a. D. gewidmet waren, einen mächtigen Leierartikel gewidmet. Die zwei „Alten“ (da die „Jungen“ nicht so gut waren, die „Alten“ abzuschlachten, mußten die „Alten“, nach dem klassischen Vorbild der Radmus-Saat, das angenehme Geschäft unter sich befragen), also die zwei „Alten“ sollten sich nimmerdings üblich vernehmen haben über die Frage der — „Autorität“ und „demokratischen Freiheit“. Daß die beiden „Alten“ dann und wann aneinander gerathen, mag ja richtig sein, allein daß sie sich jemals in ihrem Leben um je ein tief-sinniges Viebnecht-Thema gekritten, das möchte ich denn doch sehr ernsthaft bezweifeln. Eine Freundschaft wie die dieser zwei, durch gemeinsames Schicksal an einander getretenen Männer, bedingt die rüchhaltigste Wahrheit und Offenheit auf beiden Seiten, und bei fröhlichen Naturen geht das nicht immer so ruhig ab, wie bei lipeluden Zepf- und Dichtern. Dafür bleibt auch kein freies Gift zurück.

Aber noch eine dritte Sehne haben die Sozialistenbitter für ihren Bogen: Jersall der Partei in ihrer Hochburg, der Reichshauptstadt — jammige Erbitterung eines Theiles der Berliner Genossen gegen die Fraktion, insbesondere gegen Ebel, Niederlage des letzteren in einer großen Volksversammlung — und wie die sensationellen Titel alle lauten mögen. Und hier ist wenigstens ein Körchen von Wahrheit vorhanden, das den Berg phantastischer Wägen zu tragen hat. Thatfache ist, Ebel brachte eine lokale Versammlung von Werten, die aus dem einen oder anderen Grund mit dem Berliner „Volksblatt“ unzufrieden waren, und beethellte sich an der Debatte, ohne die Mehrheit der Versammlung im Handumdrehen von ihrem Trübium abzuwürgen. Das ist Alles. Wäre es bekannt gewesen, daß Ebel oder ein anderer Abgeordneter kommen werde, so wären zehnmal so viel Genossen am Fleck gewesen, und die paarhundert Besucher jener Versammlung — die beiläufig mit einigen zweifelhafte Ausnahmen vorreffliche Parteilosigkeit sind, — wären in verblühender Minorität gewesen.

Und aus dieser Wäke ist der Elephant einer „großen Niederlage Ebel's“ und der Fraktion gemacht worden!

Die Berliner Arbeiter sind von dem herrlichsten Geiste beethelt — das haben die großartigen, von keinem Winger gestörten Volksversammlungen bewiesen, die Viebnecht und Singer vorvorrige Woche in ihren Wahlkreisen (VI. und IV.) abgehalten haben.

Freilich, dieser herrliche Geist ist auch nöthig, um die bösen Folgen der Arbeitsfeier am 1. Mai zu überwinden. Die Zahl der gemäßregelten Arbeiter beläuft sich in die Tausende, und so operamthig auch die gewerkschaftlichen Organisationen sich gezeigt haben und noch zeigen, — wir sind nun einmal in einer Periode wirtschaftlichen Niedergangs und die Arbeiter müssen, als verurtheilt, die Umstände und Verhältnisse Rechnung tragen, das hat Ebel in seiner lokalen Versammlung auch scharf und klar ausgesprochen. Und dafür gebührt ihm Dank.

Die Hamburger Genossen, die bestorganisirten in Deutschland, erfahren es nun, welche riesige Summen nöthig sind, um mit Tausenden von Arbeitern einen Streikampf gegen das Kapital zu führen. Die mangelhafte organisirten Gewerkschaften mühten die Waffen strecken, und daß der Kampf überhaupt nicht mit einer Niederlage der Arbeiter enden wird, das ist einzig und allein der musterhaften Organisation und Disziplin der Hamburger Gewerke, namentlich der Raurer, — und dem werththätigen Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter gebührt. Ein zweites Hamburg wäre aber in Deutschland unmöglich gewesen.

— **Ueber die Vorkommnisse in Berlin**, welche in der vorhergehenden Juhiliter erwähnt sind, lesen wir in einer Berliner Korrespondenz der „Südl. Arbeiter-Zig.“:

„Seit Mitte Mai etwa wird von den hiesigen Genossen ein erbitterter Kampf geführt, dessen Berechtigung freilich von einem großen Theile der Berliner Arbeiterschaft selbst angezweifelt wird. Ich meine den großen Bier-Konflikt, dem alle hiesigen Lagerbier-Brauereien, mit Ausnahme einiger weniger, unterworfen worden sind. — Um die letzte Bewegung charakterisiren zu können, muß ich etwas zurückgehen. Im vergangenen Jahre waren uns, wie es den Genossen anderer Orten auch passiert ist, so ziemlich sämtliche Säle verloren gegangen. Theils aus Angst, theils, weil sie durch Polizei-, Militär- und andere Schlägen zu einer glühenden Vaterlandsliebe begeistert worden waren, verweigerten die Bierthe die Rothern die Säle. Wir hatten somit die Aussicht, auf jede Agitation in der bevorstehenden Wahlbewegung verzichten zu müssen und wir hätten also vollständig auf dem Trocknen gestanden, wenn man nicht auf das treffliche Mittel gekommen wäre, durch das der irische Richter James Boycott ihre gemacht wurde, auf den nach ihm benannten Boycott. Man wählte also die sogenannte Volkskommission und gab ihr den Auftrag, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Berliner Arbeiterschaft keinen Mangel an Versammlungsorten habe. Diese Kommission nahm sich nun nacheinander die einzelnen Brauereien vor und erklärte ihnen: „Entweder Ihr überloßt uns eure Säle zu Versammlungen, — und zwar unentgeltlich, denn Ihr verdient am Bier mehr wie genug, — oder Ihr werdet eine recht erhebliche Verminderung des Bierverkaufs zu fürchten bekommen.“ Wurde der Säle bewilligt, dann war ja alles glatt, wurde er aber verweigert, so boykottirte man die betreffende Brauerei, d. h. das Bier dieser Brauerei wurde von den Arbeitern so lange nicht mehr getrunken, bis die Herren Direktoren und Aktionäre, um Lantenne und Dividende besorgt, den Patriotismus an den Nagel hingen und den Reichsfeinden und Unfürkern ihre Hüllen wieder öffneten. So wurden die Brauereien einzeln, immer eine nach der anderen, vorgenommen, — und der Erfolg zeigte die Vorzüglichkeit der angewandten Heimethode: Wir konnten während der Wahlperiode unbekannt über die Säle verfügen. Die Wahl und die folgenden Monate gingen ohne weitere Unbilligkeiten vorüber. Da erklärten anfangs vorigen Monats die hiesigen Brauergesellen ihren Streik. In verschiedenen Genossenschaftsversammlungen forderten die Brauergesellen die Genossen auf, sich mit ihnen solbbarlich zu erklären und sie, nicht durch Geld, wohl aber moralisch zu unterstützen. Viele moralische Unterstützung sollte darin bestehen, daß die Arbeiter nur das Bier derjenigen Brauereien tranken, die die Forderungen der Brauergesellen bewilligen würden; hiedurch sollten die übrigen Brauereien zum Raubgehen gezwungen werden. Dieses Verlangen wurde in verschiedenen Versammlungen zum Beschluß erhoben, — und das war ein großer Fehler. Abgesehen davon, daß sich die Brauergesellen bisher nicht kameradschaftlich gegen die Genossen benommen und dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stets fern gefunden hatten (das letztere geht schon daraus hervor, daß die Brauergesellen noch vor kurzer Zeit im hiesigen königlichen Schloß einen großen altdeutschen Festungs-Ambium gemint haben); abgesehen auch davon, daß sie bei ihrem Streik Forderungen an die Unternehmer stellten, die nicht dem Boden der sozialistischen Wissenschaft entsprachen (so sollten z. B. in den Brauereien keine ungelerten Arbeiter beschäftigt und überhaupt nur solche Gesellen angestellt werden dürfen, die von einem zu gründenden „Berkellen-Arbeitsnachweis der Brauereien insovidiert würden); wenn man auch all dies als ungeschicklich betrachtet will, so kann doch wegen einer einzelnen kleinen Genossenschaft niemals ein so stark wirkendes Mittel, wie ein allgemeiner Boycott, verhängt werden. — Inso verlag es vielleicht einmal in Fällen, wo man seiner recht dringend bedarf, die Wirkung. Nun, es war geschehen, und was folgte, hätte man voraussehen können. Die Sozialhaber wollten ihre Säle, da kein Bier getrunken werden sollte, natürlich nicht unentgeltlich hergeben. Die Volkskommission wollte sich das natürlich nicht gefallen lassen und trat in Aktion. Die Brauereidirektoren, durch die Volkskommission bedrängt, schlossen sich zusammen und bildeten einen Ring. Sie verpflichteten sich gegenseitig, bei Vermeidung hoher konventioneller Strafen (man spricht von 50,000 Mark), keinem Kunden einer boykottirten Brauerei Bier zu liefern, um so die kleinen Restaurateure zu zwingen, von der alten Brauerei das Bier weiter zu beziehen, — wenn auch die dort verkehrenden Arbeiter das Gegentheil wünschten. Auf diese Weise wollte man die Macht der Arbeiterschaft brechen und ihr gewaltiges Mittel, den Boycott, unschädlich machen. — Jetzt war freilich die Situation eine äußerst heikle geworden. Der Boycott war über sämtliche hiesige Brauereien, mit Ausnahme einer einzigen, die bewilligt hatte, erklärt, die Berliner Genossen waren natürlich an den Beschluß der Volksversammlung, die den Boycott ausgesprochen hatte, gebunden, — gleichwohl ob sie diesen für richtig oder für falsch hielten, — und nun wurde eine vier Wochen währende, heiße Schlacht geschlagen. — Wer in diesem Kampfe Sieger gewesen und wer unterlegen ist, — das wird wohl für immer verschiedenen Meinen. Thatfache ist, daß gestern Abend, am Schluß einer großen Volksversammlung, durch den Brauereidirektor Finte bekannt gegeben wurde, daß alle Forderungen der Brauergesellen bewilligt seien und daß demnach der Bierboycott hinfällig sei. — am Schluß einer Versammlung, in der die Aufhebung des Bierboykotts wegen Aussichtslosigkeit ausgesprochen werden sollte. — Sie fragen mich, wie das zu verstehen sei, — ich weiß es auch nicht. — Die Versammlung, die im Schloß und im größten Saale Berlins, der „Brauerei Friedrichshain“, bis Nachts halb zwei Uhr tagte, war fast von allen bekannteren hiesigen Parteilosigen, den Leitern der hiesigen Bewegung, den Reaktoren der Arbeitervereinigungen, verschiedenen Abgeordneten und Kandidaten unserer Partei besetzt. Die Debatten waren heftig und erbittert. Der Vorigende der Volkskommission, Werner, sprach sich sehr heftig gegen das hiesige „Volksblatt“ aus, das nicht entschieden genug für den Bierboycott eingetreten ist und die Hauptschuld trage, wenn dieser nun ins Wasser

gefallen sei. Abgeordneter Bebel sprach sehr erregt, und seine Ausführungen deckten sich zum Teil mit dem oben Gesagten. Werner behauptete, der Bierbockstoll sei vollkommen berechtigt gewesen, man habe nicht erst warten dürfen, bis uns die Vokale wieder entzogen worden wären, während andere Redner, so der Kandidat des heiligen 3. Wahlkreises, Wülfelberger, meinten, zum Boykott wäre es auch noch Zeit genug gewesen, wenn die Saalinhaber wirklich ihr Wort gebrochen und uns die Nämlichkeiten verweigert hätten. — So lassen sich wohl für beide Ansichten Argumente vorbringen. Jedenfalls hat der Boykott den Brauereien doch tiefere Wunden geschlagen, als man selbst in Parteifreien geglaubt hat; denn sonst würden die Herren kaum nachgegeben haben. Gleichmäßig aber hat dieser Fall gezeigt, eine wie ungeheure und wie ernst zu nehmende Waffe der Boykott ist. Ein Boykott darf nur nach der allerreinlichsten Ueberzeugung und nach der sorgfältigsten Erwägung aller Chancen beschloffen werden! Ein verlorener Boykott schadet uns eben so viel, als uns zehn gewonnene nützen können. Er stößt die Bourgeoisie in ihrem Nachbargewissen, macht uns lächerlich, und, was schlimmer ist, ein verlorener Boykott kann uns auf Jahre hinaus den Rath und damit die Kraft zum einmüthigen, unüberwindlichen Kampfe gegen das Kapital benehmen. Und wir haben das einmüthige, geschlossene Vorgehen und die ungeschwächte Kraft doch sehr nötig.

— **Er nahm ein sanftes Ende.** Am 28. Juni ist der Leipziger „Meine“ still entfallen. Trauernd steht das reaktionäre Bürgerthum von Weisheiten an seinem Grabe und fragt händeringend: „Was nun machen, da Vater und Kind uns grausam entzogen sind?“ Die Thatsache ist allerdings zum Verweifen, aber — so unglücklich es klingt, Leipzig ist noch nicht in Flammen aufgegangen und der Spieler darf ruhig sein „Deppchen“ trinken, ohne befürchten zu müssen, auf dem Nachhauseweg andere Bekanntschaft mit den Laternenfächeln zu machen, als die der gewohnten freundschaftlichen — holla! — Umarmung.

— **Genosse a. D. Miquel ist preussischer Finanzminister** geworden. Da der Bureaokrat und im Bismarck'schen Kultus der Millionäre erkernde Herr von Scholz sich unfähig erwiesen hat, die Steuerquellen zu entdecken, welche die Reichenthransgaben für den Militär-Etat notwendig machen, so ist die Wahl eines Mannes, der durch die Schule des Kommunismus hindurchgegangen ist, und als Direktor der Disconto-Gesellschaft geehrt hat, daß sein Respekt vor dem Kapital nur sehr äußerlich ist, durchaus begründet. Herr Miquel ist ein fähiger Kopf, der die Theorie mit der Praxis in annehmlicher Weise zu verbinden weiß. Er hat nicht als Dozent auf die Zeit gewartet, da die soziale Revolution als unvermeidliches Ereigniß der gesellschaftlichen Entwicklung sich sozusagen von selbst aufdrängt, er hat selbst sein reichliches Theil dazu beigetragen, diese Entwicklung zu beschleunigen. Als echter Propagandist der That, als Leiter des oben genannten Berliner-Instituts, hat er die Konzentration des Kapitals in einer Weise gefördert, daß jedem Kommunisten das Herz im Leibe lachen mußte. Ueber die Expropriationsversuche der Arbeiter kann er achselzuckend lächeln: was die Disconto-Gesellschaft und ihre Stammes in den folgenden Jahren aus den Taschen der Reichen in die Schänke der Großen hineingepropiert haben, hat ganz anders gekostet. Herr Miquel ist ein logischer Kopf, er weiß, daß dieser Uebergang notwendig ist, daß die Geldschränke und Geldkeller der Großen die Refektorien sind, wo die Reichthümer zusammenstehen müssen, um die Expropriation im Interesse der Gesamtheit, die kommunistische Expropriation, zu erleichtern, ja, erst möglich zu machen. Herr Miquel ist gleich fern von kleinbürgerlich-reaktionärem Haß gegen das Großkapital, wie von blinder Berechnung desselben. Er vertritt sich mit demselben — aus Opportunitätsgründen. Er weiß, die Zeit ist noch nicht gekommen, mit dem großen Kapital abzurechnen, und in Erwartung dieser Epoche ist er inzwischen selbst Millionär geworden. Er sagt: Alles mit Maß und Ziel, wer langsam geht, geht sicher. Man höre z. B. folgende Sätze aus seiner Abschiedsrede an die Frankfurter Stadtverwaltung:

„Man soll aber nicht leben hier auf diesem Gebiet an dem bloß Hergebrachten, man soll sich sagen, daß das Hergebrachte hier ein Ergebnis der Vergangenheit ist, ein Ergebnis anderer sozialer und wirtschaftlicher Zustände, als wie sie sich heute entwickelt haben. Man soll nicht in den Vorurtheilen der Vergangenheit besagen, der Gemeinde die Mitwirkung an dem großen Werke sozialer Aufbesserung entziehen. Freilich, meine Herren, was auch hier Maß gehalten werden. In allen Dingen muß man Maß halten, man muß sich aber nicht scheuen, Reformen zu beginnen, weil sie, in's Uebermaß getrieben, aus Wohlthat Plage werden. Das Maß ist in der Regel auch durch die gesammten Verhältnisse gegeben, das stellt sich von selber ein. Wird eine Reform entworfen, wohl erwogen vorher, so wird sie ihre natürlichen Grenzen immer innehalten und durch die gegebenen allgemeinen Verhältnisse finden. So kann überhaupt nur diese große Aufgabe, die der heutigen Menschheit gestellt ist, gelöst werden, allmähliches Fortschreiten nach Maßgabe der jeweils vorhandenen Zustände, der Kräfte, der Mittel und der Anschauungen, die sich daraus bilden.“

Alles mit Maß und Ziel. In diesem Sinne sagte er 1864 zu seinem damaligen Genossen Bürger, der auch Mitglied des Kommunistenbundes war, aber es mit Miquel an Erfolgen des Moments nicht aufnehmen konnte:

„Das war zu scharf gesprochen, so dürfen Sie erst sprechen, wenn es gilt, in Berlin auf der Straße das Volk aufzufordern, daß es den Junkern die Köpfe einschlägt.“

Auch der Moment ist nach Herrn Miquel noch nicht gekommen. Um aber, wenn er kommt, die Sache auch rentabel zu gestalten, hat Herr Miquel sich f. B. für die Braunkohle-Steuererhebung, die den Junkern die Taschen füllt, mit Reichthümern und Jung gelegt. Sie bewundernswürdiger Zug. Ein Anderer hätte seinen Haß gegen die Junker in umgekehrter Weise Ausdruck gegeben, unter Genosse a. D. — oder sollten wir sagen z. D. V. — steht weiter. Er müßte die Junker, um sie desto sicherer zu verderben.

Weniger durchsichtig ist das Verhalten unseres Kommunisten den Junkern gegenüber. Doch zeigt sein Eintreten für die Jungeren immerhin, wie derselbe mit einem Nichts sich Elemente verbündet zu machen versteht, deren Falschheit theoretisch ihm ein Dorn im Auge ist. Sollte er vielleicht, wie seinerzeit Herr von Schwedler beim Wadergeiß, hier „aus Boshelt“ Stellung genommen haben?

Wie dem auch sei, wir freuen uns, einen so bewährten Arbeiter jetzt in der Regierung zu wissen, und sehen seinen Thaten erwartungsvoll entgegen.

— **Der Reichstag hat seine Schuldigkeit gethan** und kann in die Ferien gehen. Der Militär-Etat ist um 18 Millionen Mark kleiner und 40 Millionen Mark Extra-Ausgaben erhöht, der Friedenspräsenzstand der Armee um 15,000 Mann vermehrt worden. Die angeführten Summen sind aber erst der Anfang, die Vermehrung der Armee und die Ausgaben für neue Geschütze u. werden noch ganz andere Ausgaben nach sich ziehen.

Die Hauptverantwortung für die Bewilligungen trägt diesmal das Zentrum, das, von 20, meist böhmisches Mitglieder abgehen, mit den Nationalliberalen ein wahres Bewilligungs-Netzwerk abspinn. Immer mehr legt diese Wählerpartei von Bismarck'scher Dummheit Gnaden ihren wahren Charakter an den Tag. Bei der Beratung der gewerblichen Schiedsgerichte haben die Ultramontanen fast überall mit den krassesten Arbeiterfeinden gestimmt, ihr Möglichstes dazu beigetragen, eine richtige Vertretung der Arbeiter unmöglich zu machen. Sie unterscheiden sich von den Nationalliberalen bald nur noch durch ihre wirtschaftlich-reaktionären Tendenzen. Nur, um so schneller wird sich auch ihr Schicksal erfüllen.

In der Militärbudget sprach bei der zweiten Lesung Bebel in geradezu meisterhafter Weise. Zur dritten Lesung wollte Liebknecht noch einmal das Wort ergreifen, wurde aber durch Debattenschluß daran verhindert. In der Debatte über die Gewerbeschiedsgerichte wurden die Stellung der Sozialdemokratie, sowie die sozialistischer gestellten Anträge durch Auer, Dreesbach, Singer, Stadthagen, Tugauer ebenso geschickt wie energisch vertreten.

— **Ein gutes Gewissen u.** Genosse Viktor Adler in Wien, den eine wunderbare, aber nicht erstauende Auslegung des Anarchisten-Gesetzes von Seiten des Wiener Landgerichts zu vier Monaten unfrucht-

voller Erholung verholten hatte, hat am 31. Juni das Gefängniß verlassen. Kaum schloß sich die Thüre desselben hinter ihm, so stellte sich ihm auch sofort die „Freiheit wie in Oesterreich“ in klassischer Repräsentation vor. Man höre nur, was die „Arbeiterzeitung“ darüber berichtet:

„Die ganze Aufmerksamkeit, welche die Wiener Polizeidirektion unseren Genossen gegenüber entfaltet, ist wahrhaft rührend. Als am letzten Samstag 6 Uhr Früh Genosse Dr. Adler das graue Haus des Landesgerichts verließ, wurde ihm die unverhoffte Freude zu Theil, sofort den langentbehrten Anblick von vier seiner vormaligen Bekannten zu sehen, die gewöhnlich so eifrig die Wollensbildung studiren, geneigen zu können. Zwei dieser Herren, welche darun „Detektivs“, Entdecker, heißen, weil ein geübtes Auge sie sofort entdeckt, folgten dem entlassenen Sträfling, welcher in der staatsgefährlichen Gesellschaft seiner Frau und seiner Kinder seines Weges ging, noch eine ganze Weile, wahrscheinlich um sich davon zu überzeugen, ob die Kar gelangt und die „Besserung“ erfolgt ist. Ein Sicherheitswachinspektor an der Spitze der „bestimmten Macht“ erschien erst eine Stunde später und konnte daher seinem Drange nach Höflichkeit nicht mehr genügen. Dafür erhielt das Haus, wo Genosse Adler wohnt, eine Ehrenwache von drei Zivilwachleuten, welche konstatiren konnten, daß Sozialdemokraten sich ebensoviele anfragen, wenn einer entlassen, als wenn einer eingesperrt wird. Der ungewöhnliche Anstand an Polizei machte etwas Aufsehen in den Straßen. So ist wurde die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gefährdet.“

Alle diese Maßregeln hatten natürlich nur den Zweck, den Verweis zu liefern, wie sicher sich Regierung und Polizei im Bewußtsein ihres guten Gewissens gegenüber der Arbeiterbewegung und ihrer Vertreter fühlen. Daher die Bezeichnung: Sicherheitsmaßregeln.

— **Wie es gemacht wird.** Wir haben in vorletzter Nummer eine Notiz aus der „Frank. Zig.“ über die staatsliche Bezahlung und Behandlung der Hilfsarbeiter im kaiserlichen statistischen Amt zu Berlin zum Abdruck gebracht. Eine ähnliche Notiz war auch in der Berliner „Vollz.“ erschienen. Die Direktion des genannten Instituts hat denn auch die Stimmen der Presse nicht ignoriren zu sollen geglaubt, und hat — die geäußerten Mängel abgesehen — O nein, aber Nachforschungen nach den Urhebern der Notizen angestellt, und als dieselben nutzlos genug waren, sofort mit ihren Namen heranzutreten, sie Knall und Fall entlassen. Und es erdient in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitschrift eine Erklärung der Hilfsarbeiter im kaiserlichen statistischen Amt, die darauf hinausläuft, daß Alles, was in jenen Notizen behauptet worden, eitel Lug und Trug sei, und daß im Gegentheil die Hilfsarbeiter im Verhältnis zu ihren Leistungen ein wahres Götterleben führten.

Wenige Tage darauf brachte die Berliner „Vollz.“ folgende Notiz, die so charakteristisch ist, als daß wir sie übergeben konnten:

Hamburg. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht heute Abend folgende Briefkastennotiz:

„Ein Hilfsarbeiter des kaiserlich statistischen Amtes. Wenn Jemand eine Erklärung veröffentlicht haben will, so muß er sich vor allem dazu bekennen; anonyme Behauptungen sind keine Erklärung.“

Wirklich nicht, Herr Binder? Und doch hat dieser Wieder- und Ehrenmann erst vor drei Tagen eine Erklärung von Seiten veröffentlicht, die weder ihn, noch sonstwenig zur Abgabe dieser Erklärung ermächtigt haben. Wir erhalten nämlich folgende Zuschrift:

„Ueber das Justizministerium oder vielmehr Justizministerium der in der Nordd. Allg. Zig.“ vom 22. Juni d. J. veröffentlichten famosen „Erklärung der Hilfsarbeiter im kaiserlich statistischen Amt“, gestatte ich mir, Ihnen folgende, durchaus den Thatsachen entsprechende Mittheilung zur gef. Verwendung zu geben. Zwei Herren, ein Beamter (Mittler Hym. v. Döring) und ein ständiger Hilfsarbeiter, ersterer eine dem Herrn Direktor näher stehende Persönlichkeit, letzter die betr. Erklärung in Umlauf. Eine Weisfugigkeit am Tage des Schreibens besagte, daß die Unterschriften nicht würden veröffentlicht werden. Von den Hilfsarbeitern unterzeichnete Niemand. Um so mehr erregte es Entstellung, als die Nordd. Allg. Zig.“ trotzdem die Erklärung brachte. Es ist geradezu infam von dem Binder'schen Blatte, eine derartige Erklärung ohne die unterschriebene Genehmigung auch nur eines einzigen Hilfsarbeiters anzunehmen.“

So — schreibt dazu die „Vollz.“, und nun bewundere man den pompösen, von tief sittlichen Empfindungen bebenden Stolz, mit welchem Herr Binder erst Unterschritten sehen will, ehe er eine „Erklärung“ veröffentlicht. Im kaiserlich statistischen Amt müssen aber wirklich recht nette Zustände herrschen. Uns hat sich natürlich der Binder der obigen Zuschrift genannt, aber es versteht sich, daß, ehe diese Zeilen das Licht der Welt erblickten, seine Handschrift in tausend Aktenbüchern verwandelt sein wird. Nachdem Dr. Hense sich mannhaltig zu seinen Veröffentlichungen in der „Vollz.“ bekannt und sich dem Direktor des kaiserlich statistischen Amtes erboten hat, Selbe für Selbe seine Behauptungen zu erweisen, aber als Antwort nur — seine sofortige Entlassung erhalten hat, wird der Kampf in den diesen Wesen entsprechenden Formen weiter geführt werden — trotz aller „sittlichen Entrüstung“ des Herrn Binder und — seiner Hintermänner.

— **Auch bei der dritten Beratung** des Gesetzes über die Gewerblichen Schiedsgerichte hat Herr von Vötticher sich dagegen aufgestellt, daß man den Arbeitern das Stimmrecht zu den Schiedsrichterverwahlen einräume. Er berief sich darauf, eine ganze Reihe von Zustimmungserklärungen erhalten zu haben, auch aus Kreisen von Arbeitern, die sich dafür bedanken, daß man sie in diesen Strudel hineinziehen will.

Wenn das nur keine „Arbeiterinnen“ à la Fr. Häcker-Gospoisto gewesen sind! Die ziehen freilich einen andern „Strudel“ vor.

— **Mit Bezug auf den famosen „Riß“** zwischen Bebel und Liebknecht werden wir an eine kleine Reminiscenz erinnert. Vor 15 oder 16 Jahren tauchte schon einmal in der sächsischen Antipresse das Gerücht auf, Bebel und Liebknecht hätten sich verlobt. Ein ergebiger Parteigenosse schrieb darauf hin an Liebknecht, ob dies wahr sei. Und umgehend erhielt er die Antwort: „Verloben Sie sich, wir sind nicht verlobt. Sollte die Nachricht einmal wahr sein, dann werden Sie den folgenden Tag auch in der Zeitung lesen, daß entweder ich oder Bebel, oder wir zwei in's Irrenhaus gesperrt werden müßten.“

Und heute würde die Antwort auf eine ähnliche Naivität vermutlich ungefähr ebenso lauten.

— **Die Verurtheilten des großen Oberfelder Geheimbundsprozesses** haben nunmehr, nachdem das Erkenntniß rechtskräftig geworden ist, — ihre Gefängnisstrafe angetreten. Die „Oberfelder Freie Presse“ berichtet darüber unterm 21. Juni u. A.:

„Wie bekannt, erhielten die Verurtheilten im Gefängniß-Geheimbundsprozess ihre Anstellung, wonach sie ihre „Strafe“ antreten müssen. Folgende Genossen haben gestern, nachdem sie Abschied von Weib und Kind, von Freunden und Parteigenossen genommen hatten, diesen Gang angetreten: Illenbaum, Berrman, Dahn, Weibren, Schneider, Oberfeld; Tracht, Badener, Darnen; Bongary, Sonnborn; Kaiser, Kewig. (Tage darauf trat eine weitere Gruppe die Haft an. Ad.) Etwa 150 Parteigenossen geben ihnen das Geleit. In einer Wirtschaft in der Nähe des Arresthauses wurde Halt gemacht und vereinigten sich sämtliche Genossen noch einmal fröhlich beim Glase Bier und ergethrten die Danks. Doch einmal mußte Ernst gemacht werden. Sämtliche Genossen, die Verurtheilten in der Mitte, bildeten einen Kreis und erst und sichtlich ertönte das Lied: „Brüder reicht die Hand zum Bunde.“ Noch ein kurzer Händedruck, ein Lebewohl, und das Gefängniß öffnete sich, um die Opfer ihrer Ueberzeugung aufzunehmen, unter einem dreimaligen „Gott erhalte den Reich“ auf die Sozialdemokratie, welches an den Mauern der Bastille von Oberfeld sein Echo fand, hielten die Verurtheilten ihren Einzug in das Haus, in welchem sie ihre Ueberzeugung mit mehr oder weniger längeren Freiheitsstrafen büßen sollen. Als das Thor sich hinter ihnen geschlossen, standen die braven Haren den einen Moment ruhig da; nach einem nochmaligen „Gott erhalte den Reich“ waren mehrere Polizeibeamte nationirt, dieselben verhielten sich jedoch, zu ihrer Ehre sei's gesagt, völlig passiv. Die Arbeiter und Arbeiterinnen

der nächstgelegenen Fabriken strömten alle ans Thor und an die Fenster, über „und über“, daß sie mit den Verurtheilten sympathisiren. — Herr Staatsanwalt Himmelfarb hielt nun seinen jahrelang mühsam gesammelten Bau gefordert; wüßte ihm in seinem neuen Wirkungsbereich die Erinnerung an die Verurtheilten, die jetzt von Weib und Kind geissen, ein freudloses Dasein führen, nicht die nächste Ruhe und die Verdammung föhren. — Die Verurtheilten durften aber das Bewußtsein mitnehmen, daß sie nicht vergessen sind, daß für ihre Angehörigen gesorgt und ihnen bei ihrer Wiederkehr ein freundlicher und befehrter Empfang zu Theil wird. In Oberfeld wie in Darnen hat sich ein Komitee gebildet, das sich zur Aufgabe gestellt hat, die Noth der Familien der im Gefängniß befindlichen Märtyrer der Ueberzeugung zu lindern. Es ist Ehrenpflicht jedes Einzelnen, der Mannesmut und Ueberzeugung achtet, dafür einzutreten, daß die Familien nicht der öffentlichen Armenpflege anheimzufallen. Wir sind der Ueberzeugung, daß es nur dieses Hinwieses bedarf, um die oft bewährte Opferwilligkeit der Parteigenossen aufs Neue anzuregen. Die Komitee's selbst werden es nicht unterlassen, demnächst mit einem Aufruf hervorzutreten, und dann wird Jeder seine Schuldigkeit thun, daß sind wir sicher.“

— **Zakaidentsch.** Ueber ein neulich in Potsdam abgedrucktes Heftchen tische eines der größten Blätter der „Intelligenzstadt“ Berlin, die „Post“, seinen Lesern einen Bericht auf, in dem es u. A. wörtlich hieß:

„Wie man von einem firmen Wein sprechen kann, so auch von einem Feste, wenn es in seiner Bestimmung der Eleganz und der Heiterkeit durchgebildet ist, den Sinn belebt und das Herz erwidert. ... Ebenso die Kunst, Benthim, die Solms-Rödelheim, Solms-Laubach, Schönburg-Glauchau, Arnim, GutsMuth, Prütz, die Träger der vornehmsten Namen Preußens und Deutschlands, fanden sich auf diesem Boden und riefen sich, die Hände schüttelnd, alle Jugenderinnerungen wieder nach. Ein Grinsen und Lachen mit jener Ungezwungenheit, über welche der wahrhaft Bornahme versagt, rief eine herzlich angethete Stimmung hervor. ... Den Kaiser umgibt, namentlich in der weißen Uniform, ein idealer Nimbus, ein Kronenleuchten, möchte man sagen. Er steigt an der Spitze dieser Truppe mit dem vollen Bewußtsein, eine Krone zu tragen, die hier in dem Adlerhelm vertreten ist, nicht wie eine jugendliche Gestalt das Recht ihres Alters vielleicht in folterter Kleidung hervorzutragen würde, nein, ernst, langsam, im vollen Bewußtsein seiner kaiserlichen Verantwortungsvollen Position.“

Und so weiter. Wirklich, das Herz der Könige muß dreifach mit Erz gepanzert sein, schreibt dazu die Berliner „Vollz.“, wenn es angesichts solchen Bewußtseins angeblicher Menschen nicht bis zum Ranke mit bitterer Menschenverachtung sich füllen soll.“

Was aber verdient ein Bürgerthum, das sich solche Nichtwüthigkeiten von seiner Presse unbeanstandet bieten läßt?

— **„Ein Beispiel seltener — Klugheit“** erzählt die Wiener Arbeiterzeitung. „Ein Oberlieutenant des in Wiener-Neustadt garnisonirten Infanterieregiments“, schreibt sie, „dessen Namen und Namen nicht, hielt an die zu beurlaubende Mannschaft ungeführt folgende Abschiedsworte: ... Bevor wir auseinandergehen, muß ich noch etwas erwähnen. Ihr seid Arbeiter, demzufolge zum Arbeiten auf der Welt. Verzeiht dies nicht, wenn Ihr nun wieder in Zivil kommt. Auch im Zivilstand bleibt Ihr Soldaten und habt Eurer militärischen Pflichten eingedenk zu sein. Beheilig Euch nicht an Arbeitseinstellungen, denn es zeigte sich — sie sind ausstehlos. Herren und Arbeiter hat es immer gegeben, das wird auch immer so bleiben. Darüber ist besser erst nicht nachzudenken, und Ihr werdet gut thun, wenn Ihr Euch von den sozialen Sachen fernhaltet.“

„Nicht nachdenken!“ ist ein neues Kommandowort, dessen Befolgung der Redner durch sein leuchtendes Beispiel befehlen will. Es könnte aber am Ende doch geschehen, daß Einer oder der Andere der Jubler finden würde, es sei das Nachdenken keine gar so schlechte Erfindung! Was dann, Herr Oberlieutenant? ...

Wie kann unter geschickte Kollegen nur eine so indiskrete Frage thun? Darüber ist erst recht „besser, nicht nachzudenken.“

— **Die Schönheiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems.** Die Verluste von Rindern und Schafen auf den westlichen Prairien — lesen wir im „Bibl. Tageblatt“ — sind im vergangenen Winter, gemäß den Berichten des landwirtschaftlichen Departements in Washington wahrhaft erschreckend. Im Ganzen starben an Hunger und Kälte 1,214,443 Rinder und 2,261,139 Schafe. In bloß fünf Staaten und Territorien betrug der Verlust an Rindern aus den genannten Ursachen von 12 bis 15.5 Prozent und an Schafen von 17 bis 27.5 Prozent.

Man fragt: Ist es möglich, daß die Menschen so verroht und gefühllos sein können, ihre Herden so erbarmungslos der Habsucht zu opfern? Viele dieser Thiere werden aus dem Süden, wo ein milder Winter herrscht, nach dem Nordwesten getrieben, um auf den Prairien zu grasen. Im grauen Winter mit seinen Stürmen und Blizzards, die manchmal 2 bis 8 Tage lang ununterbrochen wüthen, sind die armen Thiere ohne Schutz und Nahrung, und Tausende derselben erliegen dem Hunger und der Kälte. Sobald die Kadaver aufgefunden sind, gehen die Schinder und Schinderstüchle hinaus, um den Opfern ihrer Habsucht die Häute abzugreifen. Der Weg, den sie nehmen, ist durch Thierleichen besetzt. Die Profite müssen ganz enorm sein, sonst könnten die Eigentümer der Herden nicht solche Verluste ertragen.

„In den Viehbaronen gehören auch ganz fromme Christen, die aber den Spruch „Der Gerechte erbarmet sich seines Viehes“ vergessen haben. Dieser Massenmord der nützlichsten Thiere findet jeden Winter statt, aber das amerikanische Gewissen ist dagegen abgehärtet.“

Es ist wohl schwer, wenn nicht unmöglich, für so große Herden Obdach herzustellen, aber den könnte im Ueberflusse für sie aufgetankelt werden und Wasser läßt sich auch für sie beschaffen. Nur wenige Bänder würden verenden, wenn sie Nahrung genug hätten. Für Schafe, die im Sturm ganz hilflos, sind Ställe und Schuppen im Winter ein unabweisliches Bedürfniß. Diefelben liegen sich auch mit geringen Kosten herstellen, wenn nicht der Weiz vollständigen Besitz von dem geldhungrigen Amerikaner genommen hätte.

„In dieser grauenhaften Praxis leidet Verachtung. Gerade wie Kornwucherer es für vortheilhaft erachten haben, Getreide zu zerstören, um dadurch die Preise hoch zu halten, so ist es auch mit den Viehbaronen. Das Vieh vermehrt sich ihnen in „guten Jahren“, wenn Weiden reichlich und die Winter nicht zu streng sind, zu rasch. Dann lamentiren sie über die niedrigen Preise, welche sie bekommen. Hier ist die Gemeenschädlichkeit des kapitalistischen Systems, das nicht existirt, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Profite zu machen, auf die Spitze getrieben.“

Stellen wir uns nun einmal vor, das Land wäre nicht den Kapitalisten überlassen worden und die Viehacht, sowie die Schlachtung, Verpackung und Verendung des Fleisches nach allen Theilen des Landes würde auf Rechnung der Gesamtheit betrieben, etwa durch eine Affogation von Arbeitern, unter Aufsicht der Regierung stattfinden — was doch ganz gewiß möglich ist. Dann würden die erwählten Grenz wegfallen und das Fleisch dem Konsumenten wahrscheinlich nicht mehr als die Hälfte dessen kosten, was er jetzt dafür bezahlt, nachdem die Viehstämme den Bestand absichtlich dezimiren, dabei horrend Profite machen und die Kommissionäre, Schlächter, Viehhändler und Viehhändler sämtliche Profite auf die Kosten schlagen.

Kein vernünftiger Einwand ließe sich gegen einen solchen Plan erheben, da es sich um einen konzentrirten Betrieb im größten Maßstab handelt, welcher leicht kontrollirt werden kann.“

Stimmt. Aber es lassen sich sehr viel unvernünftige Einwände dagegen erheben, und in einer Gesellschaft, die auf der Unvernunft aufgebaut ist, sind es eben diese, die entscheiden.

— **Kapitalistische Todspindel.** Chicago — schreibt die New-Yorker „Vollz.“ — ist und bleibt doch typisch für die ersten Entwicklungsstadien innerhalb der sozialen Tageskämpfe auf amerikanischen Boden, und zwar mehr noch auf Seiten des Kapitals, als auf Seiten der Arbeit. Jüngens plagen die Gegenstände so stark auf einander, weil nirgends das Kapital so roh und so brutal seine Macht ausübt. Denn daß auch die Gegenströmung der Arbeiter zu Zeiten

einen härteren, „handgreiflicheren“ Charakter annimmt, ist nur natür-
lich. Die Neumarktbombe vom Mai 1886 war eine Folge dieser
Erweichung, die Gründung der berühmtesten Citizens League, welche
den Justizmord vom 11. November auf dem Gewissen hat, eine an-
dere. — Der jüngste Streik der Zimmerleute hat nach dieser Rich-
tung eine neue, echt kapitalistische Frucht gezeitigt. Die großen Unter-
nehmer, welche sich noch immer vergeblich bemühen, hinterhand Scabs für
ihre Bauten aufzutreiben, haben bestellend eine Reihe von Ge-
werkschaftszimmerleuten unter Anführung stellen lassen, wegen angeblicher
Einschüchterung und Verletzung von Nicht-Gewerkschaftsleuten. Die
ersten dieser Fälle sind jetzt vorgekommen und dabei hat sich heraus-
gestellt, daß die Unternehmerr-Union nicht nur bezahlte Spione in der
Zimmerer-Union hatte, sondern bezahlte sogen. „Agents Pro-
vokateurs“ in ihre Verammlungen geschickt hat. Einer derselben,
ein gewisser F. H. Porter Johnson, spielte sich während des Streiks
als leidenschaftlicher Freund der Streiker auf, hielt Ansprachen an sie
und forderte sie zu „radikalen“ Maßregeln auf. Einige Male
sah er seine Reden so „brandig“, daß andere sich weigerten, auf
dieselben Plattform mit ihm zu sprechen. Und jetzt erscheint dieser
selbe Mann im Gerichtssaal als Hauptanwalt für die An-
klage gegen die Streiker!

Die napoleonische Gründung der Hochpfeiler in die ökonomischen
Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit zu übertragen, — das
ist echt chichagoch-kapitalistisch!

Uebrigens wird jetzt in Chicago ein Doppel-Kampf vor den Ge-
richtshöfen angesetzt. Sollen auf Grund der Angaben von Hochpfeilern
und Spionen Arbeiter verurteilt werden, so steht den Unternehmern
eine Anklage wegen Hebertretung des Kontraktarbeitergesetzes bevor,
da Schatzamtsagent Lester die Hebertretung thatsächlich festgestellt
hat und Sekretär Windom die Einleitung des Prozesses angeordnet
haben soll. Wir sind begierig zu sehen, wie sich die Herren Richter
aus diesem Dilemma herauswinden werden.

Die „Londoner Freie Presse“ sieht sich gezwungen, ihr Er-
scheinen einzustellen. Jahrelang haben eine verhältnismäßig geringe
Anzahl Genossen die größten Opfer gebracht, dieses Blatt der Arbeiter-
sache zu erhalten, aber schließlich erlahmten auch ihre Mittel. Und
doch wäre die deutsche Arbeiterbevölkerung Londons zahlreich genug
für ein solches Blatt. Wir waren in manchen Punkten mit der Auf-
fassung der „F. P.“ nicht einverstanden, gleichwohl können wir
nicht umhin, unser Bedauern auszudrücken, daß die deutsche Arbeiter-
schaft Londons den Werth eines ihren Interessen dienenden Organs
nicht höher schätzte.

Vor einigen Wochen veröffentlichte das „Petit Journal“ ein an-
gebliches Interview eines seiner Korrespondenten mit unserem Ge-
nossen W. Liebknecht. Es wurden Liebknecht da Dinge in den
Mund gelegt, von denen sich jeder, der den alten Vorkämpfer der deut-
schen Sozialdemokratie auch nur ein wenig kennt, sich sagen mußte,
daß Liebknecht sich so unmöglich ausgedrückt haben konnte. Darum haben wir
die Sache ignoriert, und amerikanische Vorbildblätter, die von dem Inter-
view Notiz nahmen, wie das „St. Louis Tagblatt“, haben sofort in
entsprechender Weise diesem Zweifel Ausdruck gegeben. Wie berechtigt
er war, zeigte sich sehr bald. Sofort als Liebknecht den Bericht über
das angebliche Interview zu Gesicht bekam, erließ er in den deutschen
Blättern eine Erklärung des Inhalts, daß ein solches Interview
gar nicht stattgefunden habe, sondern nur eine Viertelstunde
während der Unterhaltung im Reichstagsgebäude, wo ihn der betreffende
Journalist aufgesucht habe, und daß die ihm von denselben in den
Mund gelegten Worte nicht von ihm herrühren, bezw. auf groben
Mißverständnissen beruhen. Ein ebenso energisches Document
aus Liebknecht's Feder erschien in der Pariser „Autonomie“, im „Cri-
du Travailleur“ u.

Das hat Herr V. Broussé in Paris nicht gehindert, einige der
Liebknecht in den Mund gelegten Worte abzuwandeln und in seinem
Sinn zu kommentieren. Dasselbe that acht Tage darauf Herr Hyndman
in der Londoner „Justice“, nicht ohne auch eine seiner Anspäu-
fungen gegen den Redakteur dieses Blattes hinzuzufügen. Wir ant-
worteten darauf mit der Klänge, die uns der Angriff werth schien,
nämlich gerücht.

Zunächst hatte zur Sache selbst Herr Hyndman die Entschuldigung,
daß er das Document Liebknecht's nicht gesehen zu haben behaupte.

Nun kommt aber in der neuesten Nummer der „Justice“ Herr
Ferdinand Gilles, der ganz zweifelsohne diese Erklärung ge-
lesen, jedenfalls aber ausreichende Gelegenheit hatte, sich vorher zu er-
kundigen, was an dem Interview wahr war, und schreibt großspurig,
als ob mindestens neun Zehntel der deutschen Sozialisten hinter ihm
stünden:

„Werther Genosse! Sagen alle deutschen Sozialdemokraten Amen
zu Liebknecht, wenn er dergestalt in ihrem Namen (?) und absolut
im Widerspruch mit den Lehren von Karl Marx erklärt, wir
sind keine Revolutionäre?“ Ganz gewiß thun sie es
nicht. Ich bin nicht ganz sicher, ob Liebknecht wirklich jene abernern
Aussagen gethan hat, die ihm von einem Berichterstatter des
Pariser „Petit Journal“ zugeschrieben werden. Aber ich darf die
Leser der „Justice“ versichern, daß weder Liebknecht noch irgend
ein anderer sozialistischer „Führer“ im Namen der deutschen Sozial-
demokratie zu sprechen das Recht hätte, wenn es ihm beliebt,
solchen Unfug zu einem aufschneidenden Reporter zu schwören.“

In diesem Tone geht es fort. Herr Gilles fählt sich u. A. ge-
benugung zu erklären, daß wenn die Partei ihre „alten sozialdemo-
kratischen Prinzipien“ lassen sollte, dies „die Spaltung der Partei
in zwei verschiedene „Faktionen“ bedeuten würde, „die eine eine schwach-
müthige Reformpartei, die andere aus allen wahren und entschiedenen
Sozialisten zusammengesetzt, ein Körper, der mächtiger sein würde, als
die vorige deutsche sozialdemokratische Partei mit ihren mißleiteten so-
genannten Gemäßigten“. Worauf noch einmal Herr Gilles so gültig ist,
die Möglichkeit zuzugeben, daß Liebknecht vielleicht nicht den erwähnten
„Unfug“ gethan hat. Aber: Liebknecht wird alt und es mag ihm,
als einem alten Mann, der sehr viel für die Sache gethan, gefallen,
seht die politische und soziale Position zu genießen, zu der die Wahl-
erfolge der deutschen Sozialdemokraten ihm endlich verholfen haben.“

Wir könnten uns jeder Qualifizierung dieses Besizes, den Herr Hynd-
man „höchst anständig und völlig befriedigend“ nennt, enthalten. Wir
glauben ihn nicht, um etwa den großartigen Liebknecht gegen einen so
jungenfrischen und berufenen Vertreter der deutschen Sozialdemokratie
in Schug zu nehmen, sondern weil er wohl am besten geeignet ist,
seinen Verfall zu charakterisieren.

Herr Gilles ist nämlich so liebenswürdig, uns in Entgegnung
auf zwei Notizen in voriger Nummer mit einer längeren Zuschrift zu
beehren, an Schluß deren es heißt: „Je nun, man wird sehen, ob
Sie den Mühseligen werden, diese fündige Antwort den Lesern des
„Sozialdemokrat“ nicht vorzuenthalten — d. h. unverfälscht und un-
entstellt.“

Diesen „Muth“ besitzen wir — nicht. Und wir glauben dieses Ver-
sicht vor den Lesern unseres Blattes verantworten zu können.

Sachlich berechtigt Herr Gilles, daß er nicht gegen den gefe-
hlichen Achtstundentag aufgetreten sei, auch habe nicht er, sondern Frau
Marx-Wieling sich auf die Arbeiter des Freilandbes besonnen, und wie
bisher seinen Namen bereit in ihre Ausführenden hinein „verwoben“, daß
er sich genöthigt gesehen habe, seinen „abweichenden Standpunkt“ durch
den Hinweis auf die Grundverschiedenheit der Verhältnisse dieses Landes
und namentlich Deutschlands zu begründen“. Er und seine Freunde
hielten die Sammlung aller vorgezeichneten und hoffnungsvollen Ar-
beiter zunächst auf rein sozial-ökonomischen Gebiet für den einzig möglichen
Weg, um zu einer Einigung der Arbeitermassen dieses Landes
und dadurch zu wirklichen praktischen Erfolgen für die Arbeiter
in ihrer Allgemeinheit zu gelangen.“

Möglich, daß wir unsern Gewehrsmann falsch verstanden haben.
Wir können das im Moment nicht feststellen, aber es selbst zugegeben,
so würde unser Urtheil über das Auftreten des Herrn Gilles in jener
Sitzung dadurch nicht im Geringsten geändert. Was er befürwortet
hat, ist Verzicht auf die Einheit, so sehr er sich dagegen wehrt. Eine
Organisation, wie er sie empfiehlt und mit seinen Gleichgesinnten zu
schaffen laßt, würde notwendigerweise zum Tummelplatz aller mög-
lichen politischen u. Agitationen und Drohredenarten ausarten, wie das
bei ähnlichen, „rein sozial-ökonomischen“ Körperschaften, deren es in
England und auch in London wahrlich genug gibt, noch immer der Fall
war. Was fehlt, ist die Einigung der vorgezeichneten Arbeiter auf ein

bestimmtes politisches Aktionsprogramm. Eine solche
zu schaffen, dazu ist die Bewegung des ersten Mai den besten Anlaß.
Aber freilich, das entspricht weder den Interessen der Anarchisten, noch
denen des Herrn Hyndman, um es offen herauszusagen. Und darum
mühte mit allen Mitteln dagegen intrigirt werden, und die Phrasen des
„rein sozial-ökonomischen“, worunter sich jeder denken kann, was ihm
beliebt — ist zu solchem Zweck allerdings vortreflich geeignet.

Man kann uns nicht den Vorwurf machen, daß wir uns über Gebühr
in diese Dinge einmischen, aber schließlich mußte auch uns die Geduld
reichen, und wenn wir dabei nicht ganz parlamentarisch verfahren sind
— je nun, so konsequente „Sozialrevolutionäre“ können uns doch das
nicht übel nehmen. Und thun sie es doch, so bedauern wir, ihnen nicht
helfen zu können.

Schließlich sei noch bemerkt, daß, wenn wir den Beruf des Herrn
Gilles anführen, wir dies selbstverständlich nicht thäten, weil wir in
denselben an sich etwas Unehrenhaftes erblickten. Es geschah, weil wir
nach dem Auftreten des Genannten nicht sicher waren, wohin wir ihn
politisch zu rechnen hätten. Daß aber seine Handlungsweise dem
Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie nicht entspricht, das wissen
wir, und wollen es hiermit festgestellt haben.

Nachruf.

Am 20. Juni starb nach längerem Leiden einer von den wenigen,
freien und ehrlichen Genossen, welche seit Erlaß des Schandgesetzes
hiesig fest und unentwegt in den vordersten Reihen des kämpfenden
Proletariats zu finden waren,

Emil Franke, Nähmaschinenhändler,

im Alter von 46 Jahren.

Alle diejenigen, welche Gelegenheit hatten, Franke näher kennen
zu lernen, werden wissen, daß derselbe mit nie ermüdendem Eifer und
nie erschöpfender Zähigkeit für die Verbreitung unserer Ideen, ohne
Rücksicht auf sich und seine Gesundheit, gewirkt hat.

Was da mitschufest, wird am Leben bleiben,
Was du mitarbeitest, sehr wir höher treiben,
In festem Wurzelboden eingelegt,
Was einst die frohe Entsehung schlägt.

In diesem Sinne widmen wir dem Verstorbenen den Schelbegrüß:

Ehre seinem Andenken.

Die Berliner Genossen.

Warnung.

Der Tischler Peter Netterath aus Blankenrath, Regierungs-
bezirk Coblenz, hat sich verschiedene Betrugsereien zu Schulden
kommen lassen und ist unter der Vorladung, nach Würzen reisen
zu wollen, spurlos aus Leipzig verschwunden.

Es steht hiernach zu befürchten, daß Netterath auch andernwärts
seine betrügerischen Manipulationen unter der Maske parteigenösslicher
Eifers fortzusetzen und das Vertrauen der Genossen zu diesem Zwecke
zu erschüttern sucht. Dies rechtzeitig genug zu verhindern, sind wir
verpflichtet, öffentlich vor ihm zu warnen. Mag er überall dem-
entsprechend empfangen werden.

Netterath ist am 25. Juni 1865 geboren, von bagerer Statur,
blondhaarig, bartlos, hat länglichen Kopf und schiefen Mund.
Leipzig, den 30. Juni 1890.

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einwendungen erhalten aus: Berlin,
Dresden, St. Gallen, London N. u. London W., Paris. — H. G. in
S. T.: Ihre Bemerkungen waren uns sehr interessant, wir haben
Ihren Wunsch, soweit es anging, entsprochen. Es ist in solchen Fällen
aber sehr schwer, die Sache von der Person zu trennen. — H. G. in
London W.: Für Ihre Einwendung besten Dank. Doch können wir
Bersammlungsberichte nur bei besonders wichtigen Anlässen verwenden.
— „Mitarbeiter“: Kreuzband erhalten. Besten Dank. — L. v. S. in
A.: Nach eingehender Prüfung der uns freundlichst überlassenen Schrift-
stücke bedauern wir erklären zu müssen, daß Ihre Angelegenheit für
unser Blatt kein Interesse hat. Gerade das, worauf Sie Werth legen,
geht aus den Akten nicht unzweifelhaft hervor.

der Expedition: Abg. Hier: Sh. 10. 3/4 f. Ab. 1. u. 2.
Du. u. bis. Schft. erh. — F. Sgl. Glasgow: Sh. 2. — Ab. 3. Du.
u. Sh. 8. — f. d. gemäßigten Hamburger dts. erh. u. weiterbefragt.
— W. G. J. 3.: M. 6. — f. 2 Ab. 3. Du. u. M. 1. 70 f. Dtschft.
erh. Oesterreichische Briefmarken berechnen Sie zum Papiergeld-
tausch? Werden Sie bei Ihnen auf der Börse gehandelt? Hier
nicht. Witten dies festzuhalten! — Schw. Hier: Sh. 1. — f. Schft.
erh. — Clara: Bf. v. 23. am 27/6 beantw. — Donnersberg: Ab.
u. Bfllg. v. 25/6 notirt. M. hat noch nicht bezahlt, verprücht am
17/6 „in aller Kürze“. Ob's aber wahr wird? Bf. am 27/6
mehr. — Weichenstein: M. 100. — a. Gto. Ab. x. erh. von Heilige
Gode genannt u. weiterbefragt. Bfllg. x. eingetr. — J. Vor-
dolls Brootha: Sh. 4. — Ab. 3. u. 4. Du. erh. u. Ab. geordnet.
Warum machen Sie die M. D. nicht bei der Post-Office
Kentish Town Road zahlbar? Wir haben doch wiederholt
im Blatt dazu angefordert. — Frau, Schau, Beny: M. 40. — a.
Gto. Ab. x. erh. Arbeit genug. Größt zur Fortsetzung. Bf. Weiteres.
— F. Gite, Bradford: Sh. 2. — per Ab. 3. Du. erh. — G. G.
Higbich: Sh. 4. — Ab. 1. u. 3. Du. erh. Nachfr. befragt. — J.
Bgl. Hbstr.: Sh. 2. — Ab. 3. Du. erh. — A. B. Wn.: M. 14. —
2 Ab. 3. Du. u. Schft. erh. u. Bfllg. notirt. — G. D. S.: M. 4.40
Ab. 3. Du. erh. u. Bfll. dts. verwendet. — Kother Trefel: Avis v.
28/6 erh. u. Verlagsnota erwartet. — Movement: Ab. 11. Vorlage
v. 25. u. 30/6 geordn. M. 20. — pr. Ab. 2. Du. erh. — Rother Hülllein:
M. 15. — a. Gto. Ab. x. per B. erh. u. weiter Befragtes erwartet. — Phö-
nir: Dank für Befragung. In Betr. Sch. liegt hier eine Verwechslung vor.
G. war ab 23 befragt, Vermuthlich noch unterwegs. — J. Bg. Por-
tobello: Sh. 4. — f. 2 Ab. per 3. Du. erh. — F. B. W. B.: 2 fl.
a. Gto. Ab. u. Schft. erh. Weiteres fort. — Louise: M. 3. — per
Ab. 3. Du. erh. u. Bfllg. notirt. Weiteres nach Wunsch. — Claus
Groth: M. 100. — f. Boar u. M. 24. 60 per Ggr. a. Gto. Ab. x.
gutgebr. — Fragestellung finden Sie in Nr. 14. — Uffersstrand:
M. 50. — f. Boar u. M. 7. 10 per Ggr. a. Gto. Ab. x. gutgebr.
Bfllg. x. notirt. — Rubicon: M. 27. 10 Boar u. M. 5. 60 per Ggr.
a. Gto. Ab. x. erh. Bfllg. folgt u. Bf. Weiteres betr. B. — Urania:
Bfllg. u. Verlage v. 28/6 werden befragt. Weiteres ad notam ge-
nommen. — Junter Vorwärts: Ab. geordnet. Bfllg. ist unterwegs.
— Schügen: Nachfr. auf Dtschft. 1 folgt. St. ernstlich ins Gebet
genommen. — Ab. Ebn.: Sh. 1. — f. Schft. erh. — M. P. Lg.:
M. 8. — f. Ab. 3. Du. u. Schftin. erh. Bfllg. und Auszug folgt.
Nr. 14 ist vergriffen. — „Lund“ Bern: Sh. 4. — Ab. 3. u. 4. Du.
per Comie & Co. hier erh. — G. G. Amers: Fr. 20. — a. Gto. Ab.
x. erh. u. Fr. 46. 30 auf gefandte Mta. bds. abgeschrieben. Ihre Miß-
billg. betr. Unmöglich. haben wir nicht bezweifelt. Karte sollte nur
unmöglich. anderten, was wir für mögl. hielten. Weiteres Bf. —
A. M. L. M. 4.40 Ab. 3. Du. erh. — Jiltänder M. 54. a. Gto. Ab.
x. erh. u. Ab. notirt. Bf. am 27/6 mehr. — J. B. Shipley hier:
Sh. 2. — Ab. 3. Du. erh. — G. Hglt. Edinburgh: Sh. 4. — f. 2 Ab.
3. Du. erh. — F. T. Paris: Fr. 5. — Ab. 3. Du. G. & T. erh. —
Rosa: Nachr. v. 30/6 u. 7bb. eingetroffen. Hoffentl. auch Mta. dort. —
Abtr. Pimsr. Bf. v. 28/6 am 30/6 beantw. — G. Sch. Brüssel:
Bestelltes lt. Vorfr. v. 27 befragt. — M. W.: Neuaufgabe „Frau“
noch nicht verändert. Bfllg. u. Ab. notirt. Aus dem Vermerz
„London“ erhellt doch, daß Ihr Doppelgänger in London ist. Bf. am
1/7 Weiteres. — P. M. M. Gent: Fr. 18. 15. Ab. 3. Du. u. Schft.
erh. Die G. Angelegenheit suchen wir zu eruitern. — W. H. London:
Sh. 4. — Ab. 3. u. 4. Du. erh. — P. B. Leeds: Sh. 4. — 2 Ab. 3.
Du. erh. — G. Fortin Beauvois: Sh. 4. — a. Gto. Ab. 3. Du. u.
Schft. erh. — W. H. London: Bf. 1.06. a. Gto. S. D. u. Schft. erh.
— Schippe: Bf. v. 28. am 30/6 beantw. Bfllg. folgt. —

— H. Stmhr. Genf: Fr. 2. 25 Ab. 3. Du. erh. — Alte vom Berg:
Fr. 2. 25 Ab. 3. Du. erh. — W. Wd. Affollern: Fr. 2. 25 Ab. 3.
Du. erhalten. —

Für die gemäßigtesten Streiker in Hamburg

sind uns zur Uebermittlung ferner zugegangen:
H. Quittung in Nr. 26 M. 1211. 75
F. Siegel in Glasgow Sh. 3. — 3. —
Soziald. Arbeiter-Bildungsverein Brüssel Fr. 60. — 48. —
Von einigen Genossen durch A. Heilig in London Sh. 6. — 6. —
M. 1268. 75

London. Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein

49 Tottenham Street.
Samstag den 5. Juli, Abends Punkt 9 Uhr,
Vortrag von Bürger Gilles über „Revolutionären
Sozialismus.“

Samstag den 12. Juli, Abends Punkt 9 Uhr,

Vortrag von Bürger Fischer über „Revolutionäre
Phrasen.“
In zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komite.

Quittungs-Marken

zum quittiren von Beiträgen.
Sicherstes Kontrollmittel für Vereine und Kasen.
Perforirt und gummiert zum Abtrennen und Aus-
leben empfiehlt
Konrad Müller, Drucker
Scheubitz bei Leipzig.
Preis-Listen gratis und franko.

Unseren Genossen und Freunden zur weitesten Verbreitung bestens
empfohlen

Sozialdemokratische Bibliothek Heft XXXI. Die Entwicklung des Eigenthums.

Von P. Lafargue.
Preis: 40 Pfg. = 50 Cts.
Ueber die Bedeutung dieser Broschüre verweisen wir einfach auf die
im redaktionellen Theil der heutigen Nummer erschienene Besprechung.

Sozialdemokratische Bibliothek Heft XXXII. Der Zeitgeist.

Eine Skizze von E. A.
Preis 20 Pf. = 25 Cts.

Wir empfehlen unseren Genossen als nur noch in sehr be-
schränkter Zahl vorhanden:

Zur Grund- und Bodenfrage.

Von W. Liebknecht.
Preis 50 Pfg. = 65 Cts.

In Neu-Auslage befinden sich und werden demnächst verhandelt

A. Bebel: Die Frau

in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Achte Auflage.
Preis: M. 2. — (Fr. 2. 50)

Sozialdemokratisches Liederbuch.

Preis: 40 Pfg. = 50 Cts.

Neues Wintermärchen.

Preis: 25 Pfg. = 30 Cts.

Wir empfehlen unseren Genossen

Meine 3 1/2 jährige Leipziger Polizeicampagne.

Geitetes und Ernstes, Publizistisches und Juristisches.
Von A. Heyner.
Preis: 40 Pfennig = 50 Cts.

Acht Opfer des Klassenhasses.

Leben und Sterben der Chicagoer Arbeiterführer.
Preis 30 Pf. = 40 Cts.

Leipziger Hochverrathsprozesse von 1872

Preis: M. 3. — (Fr. 3. 75).

Grundzüge der Nationalökonomie

Von
G. A. Schramm.

Zweite vermehrte und verbesserte Auflage.
Preis 40 Pfg. = 50 Cts.

Rathschläge

für die sozialistische Agitation.
Preis 30 Cts. = 25 Pf. = 3 P.

Geschichte der Pariser Kommune von 1871.

Von J. Piffagary.
Preis: Kart 4. — = Francs 5. —.

Printed for the proprietors by the German Cooperative Publishing Co.
Kentish Town Road 114 London. N.W.